

# Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 16

14. bis 20.04.2025



In der Landeshauptstadt werden zehn Hektar Vorrangflächen für den sozialen Wohnbau ausgewiesen. Foto: Rita Falk

## Konflikt in ÖVP um soziales Bauland

Innsbrucker Landtagsabgeordneter Appler schießt gegen Vorbehaltsflächen in der Landeshauptstadt.

**Innsbruck** – Zehn Hektar Bauland von 26 Grundeigentümern will die Stadt Innsbruck als Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau ausweisen. Die Hälfte davon muss zu angemessenen Grundkosten der Wohnbauförderung veräußert werden. Diese betragen aktuell 619 Euro pro Quadratmeter.



Foto: Thomas Böhm

„Was diesem Dambruch, einer Art Teilenteignung, noch alles folgen wird, lässt sich nicht sagen.“

Christoph Appler/ÖVP  
(Landtagsabgeordneter)

Seit der Vorwoche sind Bausperren für die betroffenen Grundflächen in Kraft, Bürgermeister Johannes Anzgruber will mit den Besitzern Gespräche führen.

Vom Land wurden für die Landeshauptstadt stets soziale Vorrangflächen gefordert, der für die Bodenpolitik zuständige Bauernbundobmann und Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) steht auch dazu. Doch gerade aus dem Bauernbund und der ÖVP-Landtagsriege kommen jetzt heftige Querschüsse: Der ehemalige Innsbrucker ÖVP-Chef, Klubobmann im Gemeinderat sowie aktuelle Landtagsabgeordnete Christoph Appler kritisiert das Unter-Druck-Setzen und Zwingen von Grundstücksbesitzern. Er empört sich über „eine Teilenteignung und den Verkaufszwang“. Und er wisse nicht, warum in den 1990er-Jahren dieses Gesetz beschlossen worden sei, „aber es hat gute Gründe, warum es noch nie angewendet wurde“.

„Bausperren überschießend“

Josef Geisler hält nichts von der pauschalen Kritik seines Parteikollegen. „Leider hat die Stadt Innsbruck in den vergangenen Jahren die Instrumente für die Baulandmobilisierung nicht angewendet. Dadurch entsteht jetzt der Eindruck, dass es überfallsartig geschieht.“ Als positiv bewertet der Landeshauptmannstellvertreter, dass Bürgermeister Johannes Anzgruber Gespräche mit den Grundeigentümern führen werde.

Als überschießend bezeichnet Geisler hingegen die verhängten Bausperren. „Die sind aus meiner Sicht nicht notwendig, zumal es bei einer Verbauung ja Bebauungspläne benötigt.“ Und über die Bebauungsbe-

scheide lasse sich vieles regeln – auch für den sozialen Wohnbau.

**Baulandabgabe wird geprüft**

Was die geplante Einführung einer Baulandmobilisierungsabgabe im Land betrifft, erfolgt zurzeit eine Prüfung bzw. ein Austausch mit anderen Bundesländern. Hier gibt es ebenfalls Bedenken der ÖVP-Bauern. „Wenn damit Bau-



Foto: Rita Falk

„Leider hat Innsbruck die Instrumente in den vergangenen Jahren nicht genutzt.“

LHStv. Josef Geisler/ÖVP  
(Raumordnungsreferent)

land mobilisiert werden kann, wäre das durchaus positiv“, sagt Geisler. Der ÖVP-Politiker bremst jedoch die Erwartungshaltung: „Entscheidend ist jedoch, ob damit auch Grundflächen für leistbares Wohnen bzw. den geförderten Wohnbau zur Verfügung gestellt werden.“ (pn)

## Land gibt Garantie für alle Spitäler ab

Trotz Sparmaßnahmen will das Land keine Debatte über Spitals-Standorte aufkommen lassen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – 1,2 Milliarden Euro investiert das Land Tirol heuer in das Gesundheitswesen. Ein Kostenfaktor ist der stationäre Bereich mit den drei Landeskrankenhäusern Innsbruck, Hall, Hochzirl/Natters sowie den Bezirksspitalern Reutte, Zams, Schwaz, St. Johann, Kufstein und Lienz. Aufgrund der Sparmaßnahmen im Land werden Kürzungen befürchtet. Bei den Tirol Kliniken heuer 14 und 2026 rund 40 Millionen Euro.

Was die Bezirksspitäler betrifft, sind die Gemeinden finanziell ebenfalls am Limit. Doch gerade dort gibt es einen großen Rückstau in der Spitalsinfrastruktur. Der Investitionsbedarf wird mit einer Milliarde Euro beziffert. Darin enthalten sind notwendige Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen, aber auch zusätzliche und neue Wünsche der peripheren Spitäler, um ihr Angebot weiterzuentwickeln.

**Strukturplan wird diskutiert**

Finanziell sind die Herausforderungen enorm. Trotzdem: Alle Tiroler allgemeinen öffentlichen Krankenhäuser werden bestehen bleiben. Dieses Bekenntnis verlautet die schwarz-rote Landesregierung auf Anfrage der TT. Über die Weiterentwicklung des Angebots vor Ort und die Ausstattung mit speziellen Behandlungen wird aktuell allerdings im „Regionalen Strukturplan Gesundheit“ beraten. Zudem gibt es laufend Gespräche zwischen den Krankenhausverbänden und

dem Land Tirol, wie die Investitionen finanziell verträglich und im Sinne der Patienten getätigt werden können.

**Land trägt 50% der Abgänge**

Die Landesregierung will angesichts der leeren Kassen trotzdem keine Diskussion über die Gesundheitsversorgung in den Regionen und über die Bezirksspitäler aufkommen lassen. Zuletzt hat das Land die Unterstützung erhöht. Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) verhandelte eine Novelle des Tiroler Krankenhausgesetzes und die „anteilige Betriebsabgangsdeckung“ aus. Seit 2024 gewährt das Land Tirol den Trägern der Bezirksspitäler Reutte, Lienz, St. Johann und Kufstein eine „Betriebsabgangsdeckung“ im Ausmaß von 50 Prozent. In Schwaz

sind die Tirol Kliniken bereits mit 50 Prozent beteiligt, in Zams übernimmt das Land Tirol schon jetzt einen Großteil des Abgangs.

Neben Investitionen nimmt das Land die Spitäler aber genau unter die Lupe, um Sparpotenziale zu definieren. Die Erhöhung der Abgänge im Jahr 2023 auf 98,6 Millionen Euro – davon 84 Millionen bei den Landeskrankenhäusern – resultiert bei den Tirol Kliniken vor allem aus dem Anstieg bei den Personalaufwendungen (+40,2 Mio. Euro) und den Aufwendungen für medizinische Verbrauchsgüter wie Medikamente (+17,7 Mio. Euro.). Darüber hinaus haben sich die Ausgaben u. a. für die Informationstechnologie und medizinische Fremdleistungen erhöht. Die Erträge stiegen hingegen nicht im gleichen Ausmaß.



Der Investitionsbedarf in den sechs Bezirksspitälern – auch in Schwaz – ist enorm. Foto: Thomas Böhm

## Reaktionen auf Versorgungskürzung

**Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz):** Seit Monaten würden in den Häusern der Tirol Kliniken Operationen verschoben, seit Monaten seien Betten gesperrt, kritisiert die Parteichefin der Liste Fritz. „Woche für Woche jagt eine schlechte Nachricht die nächste, doch ÖVP-Landeshauptmann Anton Mattle und ÖVP-Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele scheint das nicht zu beunruhigen.“ Zudem benötige es endlich eine umfassende Strategie, wie Tirols Krankenhäuser

zum Wohle der Patienten besser miteinander abgestimmt werden können. „Nicht jedes Spital kann alles anbieten. Es braucht eine klare Strategie, wo welche Leistungen erbracht werden und



Haselwanter-Schneider fordert Spitalholding. Foto: Daniel Liebl

wie die Spitäler besser mit dem niedergelassenen Bereich kooperieren können.“ Eine Spitals-Holding wäre ein Schritt in diese Richtung.

**Patrick Haslwanter (FPÖ):** Für den freiheitlichen Gesundheitsprecher gefährden die Sparpläne der Tiroler Landesregierung die medizinische Versorgung. „Die aktuelle Einschränkung des Betriebs der urologischen Notfallambulanz ist nur die Spitze des Eisbergs.“



Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher war vor der Landesversammlung seiner Partei zuversichtlich. Foto: LPA/Fabio Bruccheri

## „Südtirol“ jetzt auch in der Verfassung

**Vahrn** – Gestern Abend hat die regierende Südtiroler Volkspartei (SVP) die Weichen für die Zukunft der Autonomie im Land gestellt. Dabei wurde über den Verfassungsentwurf der römischen Regierung abgestimmt. Der Ministerrat hatte in der Vorwoche den Inhalt gutgeheißen, am vergangenen Samstag übermittelte Regionenminister Roberto Calderoli dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher den Gesetzestext. Die Landtage von Südtirol und dem Trentino haben ge-

mäß dem Autonomiestatus ihre Stellungnahmen dazu abgegeben.

Der Spielraum für autonome Gesetzgebung soll jedenfalls ausgeweitet werden. Inhaltlich waren laut Medienberichten zudem auch mehrere Zugeständnisse an die italienische Sprachgruppe durchgesickert. So sollen zugewanderte italienische Staatsbürger künftig bereits nach zwei Jahren Ansässigkeit an den Landtagswahlen teilnehmen können, bisher waren es vier Jahre. In

den Verhandlungen ging es um die Bereiche Urbanistik, Bauwesen, Straßen, Personal, Handel, Energie und Umweltschutz.

Im Vorfeld der außerordentlichen SVP-Landesversammlung am Montag, bei der über die Autonomieform abgestimmt wurde, hatten sich Kompatscher und SVP-Obmann Dieter Steger positiv darüber geäußert. „Wir erhalten mehr Befugnisse. Die Durchführungsbestimmungen werden aufgewertet, unsere Autonomie

wird stärker abgesichert“, betont Kompatscher. Zudem enthalte die Reform eine „bessere innerstaatliche Absicherung gegen einseitig vorgenommene Abänderungen“. Dennoch gab es auch kritische Stimmen in der SVP.

Interessant ist, dass künftig in der Verfassung von der Region „Trentino-Alto Adige/Südtirol“ gesprochen wird und nicht nur von „Trentino-Alto Adige“. Das bedeutet aber auch, dass „Alto Adige“ im Deutschen als Zusatz hinzukommt. (TT, pn)



Die potenziellen Vorbehaltsflächen im Ausmaß von zehn Hektar wurden vorerst mit einer Bausperre belegt.

Foto: Rita Falk

# „Bausperren waren mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt“

Innsbrucks Planungsstadträtin Bex verteidigt Vorgangsweise bei den Vorbehaltsflächen. Gewerbliche Bauträger wollen darauf ebenfalls bauen.

Von Michael Domanig und Peter Nindler

**Innsbruck** – Die geplante Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau in Innsbruck und die bereits beschlossene Bausperre zur Absicherung der betroffenen Flächen sorgen weiter für heftige Debatten.

Für Anton Ruech, den neuen Berufsgruppensprecher der Bauträger in der Wirtschaftskammer, ist besonders ein Aspekt wichtig: „Bei den Vorbehaltsflächen müssen sowohl gemeinnützige als auch gewerbliche Bauträger das Grundstück erwerben und so zum Bau von bezahlbarem Wohnraum beitragen können.“ Gemäß Gewerbeordnung gebe es nur den gewerblichen Bauträger, der landläufig so genannte „Gemeinnützige“, „unterwirft sich nur dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz“.

„Früher haben wir als gewerbliche Bauträger immer auch Projekte für die Gemeinden gebaut, wo der Gemeinnützige die Mietmodelle realisiert hat und wir das geförderte Eigentumsprojekt“, sagt Ruech. Die Gemeinnützigen würden vom Land Förderungen von 1950 Euro/m<sup>2</sup>

erhalten, um den Mietbereich leistbarer zu machen. Beim gewerblichen Bauträger, mit Schwerpunkt auf Schaffung von Eigentum, bekämen die Käufer Förderungen in derselben Höhe pro Quadratmeter.



**„Mich stört, dass die Politik leistbares Wohnen nur mit gemeinnützigen Bauträgern gleichsetzt.“**

Anton Ruech (Berufsgruppensprecher Bauträger, WK Tirol)

Ruechs Fazit: „Mich stört, dass die Politik leistbares Wohnen nur mit gemeinnützigen Bauträgern gleichsetzt.“ Was die Vorgangsweise der Innsbrucker Stadtführung angeht, hat Ruech gemischte Gefühle: „Wir sind nicht die Vertreter der Grundeigentümer, günstigere Grundkosten sehen wir positiv.“ Bei Neuwidmungen

sehe er kein Problem darin, dass es automatisch zur Rückwidmung von Bauland in Freiland kommt, wenn die Vorbehaltsflächen nicht binnen zehn Jahren veräußert werden.

Bei bereits gewidmetem Bauland ist Ruech hingegen sehr skeptisch, „ob ein so tiefgreifender Eingriff entschädigungslos möglich ist“. Er gehe davon aus, „dass das die Gerichte entscheiden“.

## „Rechtssicherheit nötig“

Wichtig ist für Ruech, dass für Grundeigentümer und Bauträger, die den Grund erwerben, Rechtssicherheit in Form konkreter Bebauungspläne besteht: Während bei Flächenwidmungsplänen vieles unklar bleibe, lasse sich über den Bebauungsplan alles festlegen: von Geschoßanzahl und Nettonutzflächendichte bis zur Zahl der Wohnungen und dem geförderten Anteil.

Planungsstadträtin Janine Bex (Grüne) kontert jetzt den Kritikern der Vorbehaltsflächen wie dem ehemaligen Innsbrucker VP-Chef und nunmehrigen Landtagsabgeordneten Christoph Appler. Den Tadel der Bausperre durch Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) lässt sie genauso

nicht gelten. Zum einen, erklärt Bex, sei Innsbruck vom Land verpflichtet worden, als Vorbehaltsgemeinde Rangflächen für den sozialen Wohnbau auszuweisen. „Doch diese Verpflichtung ist für uns mehr als nur eine gesetzliche Vorgabe – sie ist eine Chance, aktiv gegen die Wohnungsnot vorzugehen. Mit der Festlegung dieser Flächen nutzen wir ein effektives Instrument, um ungenutztes Bauland zu mobilisieren und leistbaren Wohnraum für die Innsbrucker Bevölkerung zu schaffen. Unser Ziel ist klar: Wohnen darf kein Luxus sein. Wir setzen auf einen transparenten Dialog mit den Eigentümer:innen, um gemeinsam Lösungen für eine soziale und gerechte Stadtentwicklung zu finden.“

## Bex kontert Kritikern

Die Bausperren sichern für Bex die Planungsziele ab und verhindern, dass durch Teilungen oder Vorgriffe die Umsetzung einer sozialen und zukunftsorientierten Bodenpolitik unterlaufen werde. „Mit der Aufsichtsbehörde war dieser Schritt abgestimmt und als Absicherungsmaßnahme empfohlen“, betont sie.

# Spitalsholding soll zumindest geprüft werden

Bürgermeister sind skeptisch, Gemeindepräsident Karl-Josef Schubert ist hingegen pragmatisch, was eine landesweite Spitalsholding in Tirol betrifft.

**Innsbruck** – Geht es um die Finanzierung der Tiroler Spitäler oder um die Abgänge, kommt politisch immer wieder eine landesweite Spitalsholding ins Spiel. Zuletzt wurde das Bezirkskrankenhaus Hall 2011 mit den Tirol Kliniken fusioniert. Innsbruck, Hall und Hochzirl/Natters werden unter einem Dach geführt, die Abgänge und Investitionen zahlt das Land.

Die Spitäler St. Johann, Kufstein, Reutte und Lienz unterstehen den Bezirkskrankenhausverbänden, seit dem Vorjahr finanziert das Land 50 Prozent der Betriebsabgänge. In Schwaz sind die Tirol Kliniken mit 50 Prozent an der Betreibergesellschaft beteiligt, das Krankenhaus Zams gehört den Barmherzigen Schwestern. Auf Grundlage eines langfristigen Vertrags übernimmt jedoch das Land fast ausschließlich das Defizit des Zammer Spitals.

2023 verzeichneten die Bezirkskrankenhäuser ein Minus von 14,5 Mio. Euro, die Landeskrankenhäuser eines von 84 Mio. Euro. In den nächsten zehn Jahren muss rund eine Milliarde Euro in die Infrastruktur der peripheren Spitäler investiert werden. Angesichts der jetzt wieder aufgeflamten Diskussionen über die Spitalskosten spricht sich die Parteifrauen der Liste Fritz, Andrea Haselwanter-Schneider, für eine Spitalsholding aus. Auch unter den Bürgermeistern ist das in regelmäßigen Abständen ein Thema.

„Nicht jedes Spital kann alles anbieten. Es braucht eine klare Strategie, wo welche Leistungen erbracht werden und wie die Spitäler besser mit dem niedergelassenen Bereich kooperieren können. Eine Spitalsholding wäre ein Schritt in diese Richtung“, argumentiert Haselwanter-Schneider. Damit trifft sie jedoch einen wunden

Punkt bei den Verbandsbürgermeistern in den Regionen. „Sie stehen einer Holding wie in anderen Bundesländern skeptisch gegenüber, weil sie Einschnitte beim Angebot für die Patientenversorgung fürchten“, betont Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert. Bestes Beispiel sei der Wunsch nach Herzkatheteruntersuchungen im St. Johanner Spital, wo gebremst wird. Eine Kommission aus Vertretern von Bund, Land und Sozialversicherung prüft derzeit, ob der Großgeräteplan im Österreichischen Strukturplan Gesundheit angepasst werden soll.



**„Schlussendlich geht es um die Frage, ob die Gemeinden finanziell und organisatorisch besser aussteigen.“**

Karl-Josef Schubert (Gemeindeverbandspräsident)

Schubert sieht die Sache aus betriebswirtschaftlicher Sicht pragmatisch. „Ich habe nichts dagegen, wenn die Frage einer Holding geprüft wird. Schlussendlich geht es darum, was am Ende besser ist.“ Wenn eine Landeskrankenhausgesellschaft effizienter, betriebswirtschaftlich und organisatorisch sinnvoller sei und die Gemeinden dadurch finanziell entlasten werden können, „ergibt es durchaus Sinn“. Diese Parameter müssten allerdings erfüllt sein, ansonsten sollte die bestehende Eigentümerstruktur beibehalten werden. (pn)

## 249.300 Pkw mussten umkehren

**Innsbruck** – Die Abfahrverbote auf das niederrangige Straßennetz in der heurigen Sommersaison treten ab 18. April wieder in Kraft. Mit dieser Maßnahme soll verhindert werden, dass an Wochenenden und Feiertagen „Stauflüchtlinge“ die Straßen in Tirols Gemeinden verstopfen und dadurch die Versorgungssicherheit gefährdet wird. Dafür wird mit 522.000 Euro auch viel Geld in die Hand genommen.

Im Winter wurden 249.300 Fahrzeuge zurückgewiesen. Am meisten waren es mit 108.000 im Bezirk Reutte, gefolgt von Kufstein. (TT)

# Endgültig aus Durnwalders Schatten getreten

Mit der Autonomiereform ist dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher ein Befreiungsschlag gelungen.

**Bozen** – Die vergangenen Jahre waren für den Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher nicht nur ein politischer, sondern auch ein innerparteilicher Hürden-



**Hintergrund**

Von Peter Nindler  
peter.nindler@tt.com

lauf. Bei der Landtagswahl erreichte seine Südtiroler Volkspartei (SVP) nach heftigen innerparteilichen Querelen nur 34,5 Prozent, danach schmiedete Kompatscher in seiner dritten Amtszeit eine

Fünfer-Koalition auch mit den postfaschistischen Fratelli und der rechten Lega.

Erfolge waren für Kompatscher, der mit neuen Zugängen Südtirol politisch modernisiert hat – was ihm von den konservativen Kräften in der SVP als Stilbruch vorgeworfen wurde –, jedoch rar gesät. Vielmehr bläst ihm seit Jahren ein scharfer Wind entgegen.

Mit der ausverhandelten Reform des Autonomiestatus samt Wiederherstellung verloren gegangener Kompetenzen konnte er jetzt allerdings in einer der wichtigsten Fragen Südtirols punkten. 98,37 Prozent haben Montagabend bei der außeror-



Mit überwältigender Mehrheit von 98,37 Prozent hat die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei die Autonomiereform abgesegnet. Foto: SVP

dentlichen Landesversammlung für den Pakt mit Rom gestimmt. Natürlich bleibt die Kritik, weil nicht alles erreicht wurde, doch das neue Autonomiegesetz festigt und

entwickelt die Autonomie weiter. Sie wird weltweit als Vorbild für den Minderheitenschutz bezeichnet.

Arno Kompatscher wird bei der Landtagswahl 2028

nicht mehr kandidieren, doch die Autonomiereform wird immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Was bedeutet das jetzt für die verbleibenden Regierungsjahre Kompatschers?

Im nicht immer ganz einfachen Verhältnis zur Regierung in Rom hat der Südtiroler Landeshauptmann Geschick bewiesen, wie es sein Vorgänger Altlandeshauptmann Luis Durnwalder jahrzehntlang perfekt vorerzählt hat. Kompatscher ist endgültig aus Durnwalders langem Schatten getreten und kann sicher unabhängiger und unantastbarer – auch in der SVP – regieren.

# Silz lehnt geforderten Lärmschutz ab

ÖBB und Land haben ein Projekt für die Anrainer ausgearbeitet. Doch der Gemeinderat Silz stimmte 9:6 gegen das Vorhaben.

**Silz** – Gut 180 Züge donnern täglich teilweise mit 160 km/h mitten durch die Gemeinde Silz. Seit 1988 fordern Anrainer einen entsprechenden Lärmschutz. Die Lärmessungen der ÖBB ergaben eine Überschreitung der Grenzwerte um 15 Dezibel. Land Tirol und ÖBB haben deshalb ein Lärmschutzprojekt ausgearbeitet. Und dennoch bleibt es dabei: Der Gemeinderat entschied sich am Freitag in geheimer Abstimmung mit 9:6 Stimmen dagegen.

„Die Abstimmung verlief sehr ruhig“, sagt Bürgermeister Helmut Dablander. Es gebe eben viele Befürworter und Gegner des Projekts. Er selbst gibt an, dass der Bahndamm selbst schon 1,5 Meter hoch sei, darüber würde noch eine 2,5 Meter hohe Betonwand kommen. Es war nicht das erste Mal, dass sich der Silzer Gemeinderat gegen den Lärmschutz aussprach.

Das Projekt sei „schlach“, heißt es von den einen, andere befürchten eine Teilung des Dorfes durch die Wand. Was Anrainer-Sprecher Stefan Gufler nicht gelten lässt: „Es ist nicht die Wand, die das Dorf teilen würde, sondern die vorhandene Bahnstrecke.“ Wieder andere werfen den Befürwortern vor, einst „günstige Baugrundstücke an der Bahn“ erstanden zu

haben. Und dann gibt es die Befürchtung, dass die erste Reihe entlastet, der Lärm aber in den hinteren Reihen umso größer werden könnte – auch wenn das von den ÖBB in Abrede gestellt wird.

## Anrainer enttäuscht

Als „absurd“, „erschreckend“ und „erschütternd“ bezeichnet Stefan Gufler die negative Abstimmung im Silzer Gemeinderat. „Die Gemeinde hat doch eine Fürsorgepflicht“, sagt der Sprecher der Anrainer. „Schade“, erklärt Vizebürgermeister Peter Föger, der sich für das Projekt aussprach. Als erledigt sieht er den Lärmschutz aber nicht an: „Früher oder später wird die Gemeinde ihn machen müssen. Die Frage ist nur, ob dann die ÖBB und das Land noch so dahinterstehen.“

„Ein Drama“, kommentiert Markus Sint von der Liste Fritz, der sich seit Jahren für die Anliegen der lärmgeplagten Anrainer einsetzt. Jahrelang hätten Gutachten die Notwendigkeit des Lärmschutzes unterstrichen. „Es gab kein Argument der Gegner, das gehalten hat.“ Auch SP-Bundesrat Daniel Schmid bedauert die Entscheidung.

Bei den ÖBB wird der Beschluss des Silzer Gemeinderates erstaunt zur Kenntnis genommen. (pascal)



Die Liste Fritz setzt sich seit Jahren für die Betroffenen ein. „Gesundheit hat oberste Priorität“, meint Anrainer-Sprecher Stefan Gufler. Foto: Parth



Die Kinder schauen zu Berta auf. Was ist noch spannender als Eierpecken? Auf den Eiern balancieren, ohne dass die Schale bricht. Fotos: Wildanger, Naturparkschule

# Henne Berta scharft die Schüler um sich

In der Naturparkschule Steeg haben die Schüler einen Stall gebaut, balancieren auf Eiern und lernen von Henne Berta viel über die Natur.

Von Joe Wildanger

**Steeg** – Von wegen Schulglocke, die gibt es hier nicht. Die Lehrerinnen haben Mühe, die Schüler der Volksschule Steeg in die Klasse zu bringen. Lieber würden sie noch am Zaun stehen und die Küken beobachten, die vor wenigen Tagen geschlüpft sind. Seit einigen Wochen sind die Kinder beschäftigt, haben einen Stall gebaut, den Brutapparat aufgestellt, 21 Eier untersucht und an jedem Morgen Temperatur und Luftfeuchtigkeit gemessen. Der Unterricht beginnt aber nicht mit Rechnen. Besuch wird erwartet.

Ausnahmsweise schaut nicht Direktor Thomas Bischof vorbei, der neben der Naturparkschule Steeg noch die VS Bach und die VS Holzgau betreut. Heute kommt Berta, eine glückliche Henne, in die Schule und stellt sich vor. Sie spaziert durch die Klasse, pickt an den Hausschuhen von Peter, und nebenbei lernen die Schüler von den verschiedenen Haltungsformen der Eier- und Mastindustrie, in der europaweit immer noch Legehennen zusammengedrängt leben müssen.

Anschließend wird experimentiert. Luisa steht mit einem Bein frei auf zehn Eiern. Auch die Lehrerin Michaela Weißenbach wagt es: „Nicht zu glauben, dass nichts passiert!“ Simon nimmt ein Ei aus dem Karton, tippt den Code in den Computer und stellt fest, dass dieses Ei aus Österreich stammt und die Henne in konventioneller Bodenhaltung lebt: Da teilen sich neun Hennen einen Quadratmeter.

## Mit der Natur vertraut

Für die Hauptfächer Rechnen, Lesen und Schreiben bleibt an diesem Tag nicht mehr viel Zeit. In der Natur-

parkschule Steeg ist Naturkunde eben auch ein Hauptfach, das zeigen die vielen Bilder von Lehrausgängen und Projekten. Natur und Schule will man hier bewusst nicht trennen.

Wandertage sind Naturtage und die Schüler fragen, wozu man auf der Alm ein Kraftfuttersilo braucht und warum das Wasser vom Brunnen nicht getrunken werden darf. Sie genießen Käse und die goldgelbe Butter auf der Alpe Kaisers oder in Krabach, sie kennen die giftigste Pflanze Europas, den Blauen Eisenhut, und erkennen, welche Schlangen bei uns giftig sind. Maiglöckchen, Bärlauch und

Herbstzeitlose zu unterscheiden, ist für sie einfach. Aber von einer Naturparkschule erwartet man sich mehr, etwa gesund, fit in und mit der Natur zu leben. Das heißt in Steeg auch, dass alle Schüler Ski fahren und schwimmen können.

## Mit der Natur vertraut

Und wie steht es nun wirklich mit Rechnen, Lesen und Schreiben? Auch diesen Vergleich mit anderen Schulen besteht die Schule mit Bravour. Vielleicht deshalb, weil die Schüler die Natur an der Hand nehmen und mit ihr lernen, begreifen und verstehen. Dazu braucht es kein pädagogisches Qualitätsmanagement, nur fröhliche Kinder, verständnisvolle Eltern, einen wertschätzenden Schulerhalter und natürlich die Lehrerinnen.

Neben Weißenbach, die sich jetzt in den Ferien um die Küken kümmert, unterrichten noch Manuela Schlichtherle und Verena Falger. Sie seien glücklich, in einer Naturparkschule unterrichten zu können. „Nicht der Schulkalender, die Natur gibt den Rhythmus vor.“

## Infos zu den Naturparkschulen

Um als „Naturparkschule“ zu gelten, muss die Schule in erster Linie in einer Naturpark-Gemeinde liegen. Eine „Naturparkschule“ soll laut Bildungsdirektion eine intensive Kooperation mit dem Naturpark eingehen.

Österreichweit gibt es 130 Naturparkschulen, darunter Volksschulen, Neue Mittelschulen,

Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen, eine Allgemeine Sonderschule sowie 57 Naturpark-Kindergärten bzw. -horte.

In Tirol haben 21 Schulen und 9 Kindergärten in den Naturparken Zillertaler Alpen, Karwendel, Kaunergrat, Ötztal und Tiroler Lech das Prädikat „Naturparkschule“.

# Rotarier wecken den Hunger auf Bücher

**Wörgl** – Es geht um die Kernkompetenz, wie Volksschuldirektor Reinhard Angerer hervorhebt. Lesen ist die Voraussetzung für Bildung und Integration. Daher begrüßen er und Volksschuldirektorin Claudia Göhly die Unterstützung durch das Projekt „Leselust“ seitens des Rotary Clubs Wörgl-Brixental. Der Serviceclub stellt den SchülerInnen und Schülern der beiden Volksschulen in Wörgl 241 Bücher zur Verfügung, den PädagogInnen 13 Lehr-Unterlagen für den Unterricht.

„Gerade in Zeiten des digitalen Medienkonsums ist es pädagogisch wichtig, dass die Kinder auch eine enge Beziehung zum gedruckten Buch aufbauen“, sind sich die Pädagogen einig. Die Schulbibliothekarin Elisabeth Schwaighofer-Atzl erlebt oft, „wie fasziniert die Kinder von Büchern sein können“.

## 100 zweisprachige Bücher

Diese Faszination will auch die öffentliche Bücherei im Tagungshaus der Erzdiözese Salzburg in Wörgl wecken. Daher unterstützen die Rota-

„Wir wollen damit ein Zeichen für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit setzen.“

Martin Salcher (Rotary Club)

rier auch diese Einrichtung, wie Präsident Martin Salcher erklärt. Der Club stellt 100 zweisprachige Bücher zur Verfügung und fördert 70 Gutscheine für kostenlose Schüler-Abos in der Bibliothek. Damit, so hofft die

Bibliotheksleiterin Manuela Atzl, wird die Schwelle für die Kinder kleiner.

## Für mehr Chancengleichheit

Präsident Martin Salcher erklärt zur Initiative „Leselust“, die heuer gestartet wurde und kommendes Jahr evaluiert wird: „Wir wollen damit ein Zeichen für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit setzen. Gemeinsam können wir daran arbeiten, jungen Leserinnen und Lesern die Welt der Bücher näherzubringen – für eine starke Zukunft.“ (wo)



Die Kinder der Volksschule und Elisabeth Schwaighofer-Atzl freuen sich über die Bücher. Foto: Schwaighofer-Atzl

# Ein Team verarztet das O-Dorf

Die Ärztinnen Gerda Görig und Anna Marczak geben Einblicke, wie sich ihr vierköpfiges Team zwei Kassenstellen in einer Praxis teilt. Das Modell der Zukunft, sind sie überzeugt.

Von Jasmine Hrdina

**Innsbruck** – Die Primärversorgungseinheiten sollen es richten und den Mangel an KassenärztInnen im niedergelassenen Bereich ausgleichen. Bisher gibt es in Tirol nur zwei solche, in Innsbruck und Telfs. Zu wenige MedizinerInnen können sich offenbar dafür begeistern. Doch es gibt noch andere Möglichkeiten einer kollegialen Gesundheitsversorgung. Im Innsbrucker O-Dorf verklingt der Jammer über Wartezeiten und weit entfernte Termine jedenfalls. Die Praxisgemeinschaft O-Dorf bietet Audienz beim Hausarzt gleich an fünf Wochentagen vormittags, viermal

„Es ist ja nie so, dass ein Arzt alles kann. Jeder hat seine Schwerpunkte.“

Anna Marczak  
(Allgemeinmedizinerin)

zusätzlich nachmittags bis halb sieben. Und es werden sogar neue PatientInnen aufgenommen. Noch zumindest.

Eine Person alleine könnte diese Ordinationszeiten nicht abdecken. Vier AllgemeinmedizinerInnen teilen sich in der Gemeinschaftspraxis in der Schützenstraße 60 zwei volle Kassenstellen. Ein Modell, das es künftig sicher öfter geben wird, sind sich zwei der ÄrztInnen, Gerda Görig und Anna Marczak, sicher. „Man teilt sich nicht nur die Kosten, sondern auch die Verantwortung. Das ist leichter zu tragen“, sagt Görig. Bisher ist das Modell in Tirol rar. Dabei bietet es Vorteile für MedizinerInnen und PatientInnen gleichermaßen.

## Zeit für Kinder und mehr

Für Gerda Görig ist die Teilzeitoption als Mutter ideal. Verlockend war für die 43-Jährige vor allem aber die Arbeitsgemeinschaft. „Ich will kein Einzelkämpfer sein. Wenn man in einem Kollegenkreis arbeiten will, ist die einzige Alternative das Krankenhaus.“ Keine Op-



Anna Marczak und Gerda Görig sind zwei von vier MedizinerInnen in der Praxisgemeinschaft O-Dorf. Foto: TT/ Springer

tion für die geborene Wienerin. „Je nach Position ist man dort lebenslanglich mit Nacht- und Wochenenddiensten befasst. Das geht irgendwann an die Substanz, und auch soziale Aspekte spielen eine Rolle.“

Kollegin Anna Marczak begrüßt andere Vorzüge: Die 36-Jährige bringt ihr Fachwissen in einem zweiten Job bei Blutspendeaktionen des Roten Kreuzes ein. „Wenn jemand von uns ausfällt, ist es einfacher, weil wir uns gegenseitig intern vertreten können“, zeigt die Wahl-Tirolerin aus Polen auf. Die Wochenend- und Feiertagsdienste teilen sich die vier. Berechnet auf zwei Vertragsstellen trifft es jede/n somit etwa alle sechs Wochen.

Was springt für PatientInnen raus? Die haben nicht nur zeitlich einen flexibleren Rahmen, sondern profitieren auch vom Schwarmwissen. „Es ist ja nie

so, dass jeder Arzt alles kann. Jeder hat seine Schwerpunkte“, erklärt Marczak. Beim „Schichtwechsel“, im Pausenraum mit einer Tasse Kaffee oder beim Mittagessen tauschen sich die vier ÄrztInnen naturgemäß über Behandlungsmöglichkeiten aus.

Wer ist dann der „Hausarzt“ oder die „Hausärztin“? Es ergibt Sinn, dass PatientInnen immer denselben bzw. dieselbe MedizinerIn aufsuchen. „Zumindest für Angelegenheiten, die planbar sind“, so Görig. Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen, Kontrolltermine. Immerhin kennt der- oder diejenige auch die Krankengeschichte des Schützlings. „Wenn es akut ist, besteht natürlich die Möglichkeit, zu den KollegInnen zu kommen.“

Eine Primärversorgungseinheit war für sie keine Option. Zu eng sei das Korsett aus

Vorgaben, die es zu erfüllen gilt, zu wenig Verbundenheit gäbe es mit den individuellen PatientInnen. Der „Gründer“ des Standorts, Doktor Wolfgang Hofer, verfolgte unermüdlich seit 2016 den Plan, seine Ordination auszubauen, um eine kollegiale Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Nachdem Räumlichkeiten im Parterre des Wohnblocks frei wurden und sich Hofer mit der Innsbrucker Immobiliengesellschaft vertraglich einigen konnte, griff man zum Vorschlaghammer. Am 1. Juli 2024 wurde die neue Praxis mit vier Behandlungs-, Therapieräumen, Labor und mehreren Bereichen für Liegen und Sitze eröffnet. Drei AssistentInnen in Teilzeit, eine Vertretungsärztin und ein/e MedizinstudentIn komplettieren das Team, die Reinigung übernimmt eine Firma. Doktor

Hofer tritt zurzeit aus gesundheitlichen Gründen kürzer.

Wer hat in einer Gemeinschaftspraxis das Sagen? Ja, da sind wir auch schon beim Nachteil der geteilten Arbeitsstätte: So einfach ist das mit dem Konsens bei vier Beteiligten nämlich nicht. Egal, worum es geht, das Gespräch läuft unter vier Leuten. Das ist natürlich aufwändiger. „Aber es kann auch ein Vorteil sein. Wenn man alleine entscheidet, kommt man oft darauf, dass etwas keine gute Entscheidung war. Und so äußert vielleicht schon vorher jemand Bedenken oder sieht Dinge anders“, sagt Marczak. Das komme vor, und Doktor

„Man teilt sich nicht nur die Kosten, sondern auch die Verantwortung. Das ist leichter zu tragen.“

Gerda Görig  
(Allgemeinmedizinerin)

Hofer kann auf den größten Schatz an (Lebens-)Erfahrung zurückgreifen. „Senioritätsprinzip“, lacht Görig. „Sein Wort hat natürlich schon etwas mehr Gewicht.“ Marczak fährt fort: „Es ist nicht so, dass er mehr zu sagen hat. Aber wir profitieren von seiner Erfahrung und vertrauen ihm.“

## Problem mit der Deckelung

Geteilte Kassenstelle heißt geteilte Einnahmen. Längere Öffnungszeiten bringen vielleicht mehr PatientInnen, der Verdienst steigt aber nicht exponentiell. Nach einer bestimmten Anzahl an Behandlungen zahlen die Kassen für dieselbe Leistung weniger. Diese Deckelung treffe „früher oder später jede Kassenstelle“, meint Görig. Marczak war als Vertretungsärztin umtriebiger und weiß, in manch einer Praxis werden neue PatientInnen weggeschickt, zeichnet sich die Deckelung ab. Primär, betont Görig, sei es eine Frage der Kapazität. Mehr arbeiten wäre immer gefragt. „Aber irgendwann ist man voll.“



1,10 Euro pro halber Stunde sind künftig in Innsbruck fällig. Foto: Domaniq

## Parken ab 22. April teurer

**Innsbruck** – Im März hat der Innsbrucker Gemeinderat nach heftigen Diskussionen die Erhöhung der Parkgebühren von einem Euro pro halber Stunde auf 1,10 Euro beschlossen – am Dienstag, 22. April, tritt die Erhöhung nun in Kraft. Diese gilt sowohl in den gebührenpflichtigen Kurzparkzonen (90 bzw. 180 min) als auch in den gebührenpflichtigen Parkstraßen, den „Grünen Zonen“.

Die Parkscheinautomaten in den betroffenen Zonen – dort ist übrigens nur Barzahlung in Münzen möglich, wobei die Automaten nicht wechseln – werden ab 22. April auf die neue Gebühr umgestellt. Auch die Anbieter des Handyparkens verrechnen ab diesem Datum den neuen Tarif. In 90-Minuten-Zonen sind für die volle Parkdauer dann also 3,30 Euro fällig, in den 180-Minuten-Zonen 6,60 Euro.

In den Parkstraßen gibt es weiterhin eine Deckelung: Für ganztägiges Parken sind dort künftig neun Euro zu berapen, derzeit liegt der Tageshöchstbetrag bei acht Euro.

Die Stadtführung argumentiert die Erhöhung mit dem Klimaschutz und einer „gerechteren Verteilung“ des öffentlichen Raums und sieht einen Anstoß, auf Öffis oder das Fahrrad umzusteigen. Zugleich nütze man den gesetzlich möglichen Spielraum in „budgetär herausfordernden Zeiten“. (TT)

## Todesfälle

In **Zirl**: Walter Kurz, 78 Jahre.

In **Grinzens**: Hildegard Schröck, geb. Steiner, 70 Jahre.

In **Innsbruck**: Anna Eller, „Manuel Nanne“, 84 Jahre.

In **Rinn**: Anneliese Gritsch-Gufler, geb. Anfang, 68 Jahre.

In **Absam**: Irmgard Schneider, geb. Walch, 85 Jahre.

In **Zell am Ziller**: Ferdinand Fankhauser, „Breier Ferdl“, 81 Jahre.

In **St. Veit in Deferegggen**: Paul Obkircher, vlg. Paulilis, 92 Jahre.

## „Was echt ist, hat Strahlkraft“

Abt Leopold ist zu Gast bei „Lichtblicke & Wegweiser“ mit Marianne Hengl.

**Innsbruck** – „Berufung ist immer etwas, das wächst und nicht vom Himmel fällt“, sagt Abt Leopold Baumberger. Er ist seiner Berufung gefolgt – aber nicht, ohne auch mit der Entscheidung, Priester zu werden, zu ringen. Im Gespräch mit Marianne Hengl erzählt er von seinem ungewöhnlichen Lebensweg, der ihn aus der Apotheke ins Stift Wilten führte. Zu sehen ist die neue Folge der „Lichtblicke & Wegweiser“ morgen ab 18 Uhr auf [tt.com](http://tt.com)

Leopold Baumberger studierte erst einmal Pharmazie in Graz, arbeitete als Apotheker. Der Gedanke, Priester zu werden, sei schon länger da gewesen. „Aber zur Maturzeit war das noch nicht ganz ausgereift.“ Gegen Ende des Studiums sei der Gedanke



Marianne Hengl hat Abt Leopold in der Bibliothek des Stifts Wilten in Innsbruck zum Gespräch getroffen. Foto: RollOn Austria

wieder aufgetaucht und er trat ins Priesterseminar in Linz ein. Zum Theologiestudium kam er dann nach Inns-

bruck, wo er im Stift Wilten „hängengeblieben“ ist.

Für Abt Leopold ist der Kontakt zu den Menschen

außerhalb der Klostermauern sehr wichtig. In der Hektik des Alltags sei es wichtig, kleine Inseln der Ruhe zu schaffen, in denen sich Menschen wieder spüren können. Und er erklärt, wie wichtig Authentizität ist: „Was echt ist, hat Strahlkraft. Was künstlich ist, verliert an Wirkung.“

In einer Zeit, in der Macht, Lautstärke und Ego dominieren, spricht er mit Marianne Hengl auch über Demut als kraftvolle Haltung. Für ihn ist sie nichts Geringes, sondern ein Zeichen echter Stärke. Demut bedeutet für ihn, auf Augenhöhe zu begegnen, zuzuhören, zu dienen. Man dürfe Menschen nicht in eine Richtung ziehen oder schieben. „Man muss mit den Menschen unterwegs sein, sie nicht drängen.“ (smo)

**Holzfenster nie mehr streichen!**  
Mit Aluminiumverkleidung von außen

- ✓ Dauerhafter Erhalt wertvoller Holzfenster
- ✓ Ohne Baustelle - meist in nur 1 Tag
- ✓ Kein Herausreißen, Dreck und Lärm
- ✓ In allen RAL-Farben und Holzdessins
- ✓ Wertsteigerung des Hauses
- ✓ Kompetenz und Tradition in Tirol

**Josef Haslwanter KG**  
Bau- u. Möbelschlerei  
Josef-Marberger-Str. 13 • 6424 Silz

**PORTAS®**  
Europas Renovierer Nr. 1

☎ 0 512 / 58 52 27 ☎ 0 52 63 / 63 77

Besuchen Sie unsere Ausstellung • [www.haslwanter.portas.at](http://www.haslwanter.portas.at)



Wer schaut auf die Kinder und was darf es kosten? – Das Pilotprojekt der Landesregierung ist für die Opposition „Kinderbetreuung light“. Foto: iStock

## Liste Fritz ortet Mogelpackung für Familien

Für die schwarz-rote Landesregierung sind die geplanten Pilotregionen für Kinderbetreuung samt Harmonisierung der Elternbeiträge fix. Schwere Zweifel an der Umsetzung hat die Liste Fritz.

**Innsbruck** – Aus Sicht der schwarz-roten Landesregierung soll es eine Art Pionierprojekt für ganz Österreich werden. Sechs Regionen sollen ab Herbst das vorleben, was tirolweit mit Start des Kindergartenjahres 2026/27 aufs ganze Land ausgerollt werden soll: ein flächendeckendes Angebot an ganzjäh-

passieren, dass es für Eltern plötzlich teuer wird“, sagt Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider bei einer Pressekonferenz in Innsbruck. Ähnlich verhält es sich mit Kinderkrippen, die mehrheitlich sogar teurer sind als Kindergärten, so die Kritik der Liste Fritz. Es brauche dringend eine soziale Staffelung der Tarife.

### Finanzierung sicherstellen

Die Gemeinden bei ihrem Versorgungsauftrag verstärkt in die Pflicht zu nehmen, sei richtig, angesichts „klammer Kassen und Sparzwang“ brauche es aber dringend eine fixe Finanzierungszusage seitens des Landes für die BürgermeisterInnen. Man müsse Gemeinden zudem fusionieren, wenn es um Kinderbetreuung geht. Zu wenig angegangen werde auch der akute Mangel an ElementarpädagogInnen: „Werbekampagnen alleine werden es nicht richten“, sagt die Landtagsabgeordnete.

Ähnlich wie bei der Pflege gebe es auch hier Probleme wegen neuer und alter Gehaltssysteme: „Da gibt es Verträge mit fünf Wochen, andere mit zwölf. Das führt dazu, dass Gemeinden untereinander in Konkurrenz stehen, wenn es um Personal geht“, so Haselwanter-Schneider. Insgesamt ortet die Oppositionspartei keine echten Fortschritte: „Das Angebot an Kinderbetreuung entspricht nicht der Lebensrealität von Tiroler Familien“, so Haselwanter-Schneider.

Ein „Schlechtere eines zukunftsorientierten Systems“ ortet indes ÖVP-Familiensprecher Florian Riedl in der Attacke der Oppositionspartei. (lpi)



Foto: Daniela Lieb

„Ohne Finanzierungszusage vom Land für die Gemeinden werden viele Eltern die Verlierer sein.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Obfrau Liste Fritz)

riger und ganztägiger Kinderbetreuung ab dem zweiten Geburtstag. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden umgesetzt werden. Zu diesem Plan gehört auch eine Harmonisierung der Eltern- und Gemeindebeiträge. Für Familien soll es künftig finanziell möglichst keine Rolle spielen, ob ein Kind einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder einen Hort besucht.

Und genau hier spießt es sich für die Liste Fritz: „Aktuell ist das ein kaum durchschaubarer Tarifschmelgel. Wie teuer ein Platz ist, hängt davon ab, in welcher Gemeinde man wohnt. Dort, wo es bis dato gratis war, könnte es durch die Harmonisierung

# Zum Schutz der Beamten kommt ein Mobbing-Verbot

Umgangsformen im Landes- und Gemeindedienst sollen noch bewusster gemacht werden. Disziplinarrecht wird deshalb deutlich verschärft.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die Landesverwaltung und die 277 Gemeinden bzw. Städte sind der größte Arbeitgeber im Land. 14.500 Menschen sind im Land, in den Musikschulen, am Landesverwaltungsgericht und in den Gemeindestuben beschäftigt. Die Arbeitswelt hat sich im öffentlichen Dienst ebenfalls verändert, deshalb passt die schwarz-rote Landesregierung die Verhaltensregeln und Umgangsformen an. Vorrangig geht es um das Disziplinarrecht, an erster Stelle stehen jedoch die Bewusstseinsbildung und ein gutes Miteinander. Die Bediensteten sollen sich respektvoll begegnen.

### Respektvolles Miteinander

Das Land will damit nicht auf konkrete Vorkommnisse reagieren, vielmehr sensibilisieren, wie gegenüber der TT betont wird. Denn derzeit enthält weder das Landesbedienstetengesetz noch das Landesbeamtengesetz eine ausdrückliche Regelung, welche die Art und Weise des Umgangs von Bediensteten miteinander bzw. den allgemeinen „Betriebsfrieden“ zum Inhalt hat. Generell wird mit dem Schutz der Beamenschaft argumentiert. Mobbing, also die absichtlichen, gezielten und wiederholten Angriffe auf Personen oder Gruppen mit dem Ziel, die Opfer sozial auszugrenzen oder zu isolieren, soll verhindert werden.

Um Mobbing künftig zielicher und schnell unterbinden und ahnden zu können, um die Informiertheit sowie Bewusstseinsbildung unter den Bediensteten zum Thema Mobbing zu fördern, wird das Verbot verankert. Und gleichzeitig gegenüber den Mitarbeitern klargestellt, dass es sich bei einem derartigen Verhalten um eine



Laut einer Umfrage waren 36,1 Prozent der österreichischen Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren bereits Opfer von Mobbing. Viele davon am Arbeitsplatz. Foto: iStock

Dienstpflichtverletzung handelt, weshalb die neue Bestimmung eine eindeutig formulierte Verpflichtung der Bediensteten zum achtungs- und respektvollen Umgang miteinander vorsieht.

„Mit der Übernahme der bundesrechtlichen Regelung soll auch für das Landesdienstrecht ein ausdrückliches Mobbingverbot geschaffen werden.“

Land Tirol

Entsprechend dieser Vorgabe heißt es dazu in der Gesetzesnovelle: „Der Vertragsbedienstete hat seinen Vorgesetzten, Mitarbeitern und Kollegen mit Achtung zu begegnen und zu einem guten Funktionieren der dienstlichen Zusammenarbeit beizutragen. Er hat im Umgang mit seinen Vorgesetzten, Mitarbeitern und Kollegen Verhaltensweisen oder das

Schaffen von Arbeitsbedingungen zu unterlassen, die deren menschliche Würde verletzen oder dies bezwecken oder sonst diskriminierend sind.“ Ein gutes Arbeitsklima sei wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Mobbingprävention, empfehlen auch Experten.

Im Bundesdienst gibt es bereits seit 2009 ein Mobbingverbot, Land Tirol und die Gemeinden ziehen mit einiger Verspätung nach.

### Strengeres Disziplinarrecht

Gleichzeitig fasst das Land das Disziplinarrecht enger: Analog zur Suspendierung erfolgt nun auch bei der vorläufigen Suspendierung eine Kürzung des Monatsbezugs um ein Drittel. Weiters soll die Möglichkeit geschaffen werden, einen Beamten im Fall eines anhängigen Disziplinarverfahrens auch ohne seine Zustimmung über den Zeitraum von 90 Tagen hinaus dienstzuzuteilen, weil die Dienstzuteilung ein

### Mobbing

**2,1 Millionen Erwachsene betroffen:** Laut einer Studie sind in Österreich 2,1 Millionen Erwachsene schon einmal von Mobbing betroffen gewesen. Mobbing-Erlebnisse können physische und psychische Folgen haben – jeder Zweite beklagt etwa Depressionen.

gelinderes Mittel im Vergleich zur Versetzung darstellt.

Finanziell gibt es darüber hinaus Änderungen: Verhängt eine Disziplinarkommission Geldbußen und Geldstrafen, können diese nach einer Bewilligung in bis zu 36 Raten gezahlt werden. Mit der Herabsetzung auf höchstens 24 Ratenzahlungen wird der Zeitraum für die Bezahlung der Strafe auf zwei Jahre verkürzt.

Rund fünf bis zehn Disziplinarverfahren werden jährlich in der Tiroler Landesverwaltung eingeleitet.

### Politik in Kürze

## Antrittsbesuch in Tirol mit Gauder Fest

Jetzt geht der Ministerreigen in Tirol so richtig los: und natürlich die Antrittsbesuche der Mitglieder der türkis-rot-pinken Bundesregierung bei Landeshauptmann **Anton Mattle** (VP). Das ist so üblich. Frauen- und Wissenschaftsministerin **Eva-Maria Holzleitner** (SPÖ) machte vor zwei Wochen beim Spatenstich für das neue Haus der Physik den Anfang. Heute folgt ÖVP-Tourismus- und Energiestaatssekretärin **Eli-sabeth Zehetner**. Am 29. April sind dann alle Blicke im Transitland Tirol auf Infrastrukturminister **Peter Hanke** (SPÖ) gerichtet.

Die Fortschritte beim Bau des Brennerbasistunnels und natürlich ein Aus-



Beim Gauder Fest wird sich Kanzler Stocker (l.) wohl zünftiger präsentieren. Verkehrsminister Hanke ist am 29. April in Tirol. Fotos: APA/Schlager, Techt



tausch mit Anton Mattle sowie Verkehrslandesrat **René Zumtobel** (SPÖ) über die Transitmaßnahmen in Tirol sowie die Klage Italiens

vor dem Europäischen Gerichtshof stehen auf seiner Agenda.

Am 2. Mai wird es dann zünftig: zumindest am

Abend. Zur offiziellen Eröffnung des traditionellen Gauder Fests im Zillertal haben sich nämlich Bundeskanzler **Christian Stocker** (VP) und Staatssekretär **Alexander Pröll** (VP) angesagt.

Davor gibt es ein Gespräch mit Landeshauptmann Anton Mattle. Zwischen Tirol und der neuen Bundesregierung gibt es naturgemäß viel zu bereden – aktuell vor allem über die klammen öffentlichen Kassen. Die geplante Föderalismusreform dürfte ebenfalls Thema sein wie auch eine mögliche Steuerautonomie für die Bundesländer. Tirol pocht seit Jahren auf eine gewisse Steuerautonomie. (pn)



Die Abtretung einer millionenschweren Kaiser Bergbahn-Beteiligung zum Nulltarif an die Schutz Gruppe hatte für heftige Kritik gesorgt. Foto: TT/Oblasser

## Geheimer Deal um Kaiser Lifte

Im Streit um Kaiser Lift-Anteile zahlt die Schutz Gruppe nun einen Millionenbetrag. Wie viel? Geheim.

**Kals** – Im jahrelangen Streit um die Abtretung von Bergbahn-Anteilen der öffentlichen Hand an die Schutz Gruppe gibt es nun offenbar eine Einigung. 2008 hatte sich die Osttirol Invest (OIG) – sie gehört der Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft sowie dem Land Tirol – mit knapp 6 Millionen Euro an den Kaiser Liften in Osttirol beteiligt. 2018, also zehn Jahre später, trat die OIG ihren 25-prozentigen Lift-Anteil an die Schutz Gruppe ab, ohne dass im Gegenzug Geld fließen musste. Nach öffentlichem Druck zog die OIG vor knapp drei Jahren vor Gericht, um die Gelder für den Lift-Anteil – nun waren es 5,7 Millionen Euro – von der Schutz Gruppe einzufordern.

Diese Klage wurde nun offenbar außergerichtlich erledigt. Schultz muss demnach jetzt einen Millionenbetrag zurückzahlen, erfuhr die TT. Über die Höhe herrscht jedoch Stillschweigen, das gerichtlich vereinbart wurde. Dem Vernehmen nach soll der Betrag aber unter den eingeklagten 5,7 Mio. Euro liegen. Im Vorfeld des Gerichtsstreits hatte

ein Gutachten zwei mögliche Preise hervorgebracht, die Schultz für den OIG-Anteil zahlen sollte: 2,5 Millionen bzw. 5,7 Millionen Euro.

Die Causa sorgte vom Start weg für Unmut. Schon beim Einstieg der OIG in die Kaiser Lifte 2008 wurden intransparente Geldflüsse kritisiert, bei der Opposition kam der Verdacht auf, die Millionenbeteiligung könnte als „verlorener Zuschuss“ zugunsten der Schutz Gruppe angelegt sein. Im Lauf der Jahre schrieb die OIG die Beteiligung auf null ab, was den Verdacht nährte. Tatsächlich klassifizierte die Tourismusabteilung im Land im Jahr 2015 die OIG-Investition als verlorenen Zuschuss für die Bergbahnen.

2018 legten TT-Recherchen offen, dass bereits beim Einstieg der OIG die Ausstiegsbedingungen vereinbart wurden. Unterlagen legten nahe, dass Schultz die OIG-Anteile offenbar nicht zum tatsächlichen Verkehrswert erhalten sollte. Zuletzt hatte die Liste Fritz die Gratis-Abtretung der Lift-Anteile an die Schutz Gruppe kritisiert. (pn, mas)

## Geplatzte Covid-Kredite kosten Hunderte Millionen

Mit insgesamt 470 Mio. Euro muss der Bund für geplatzte Covid-Kredite geradestehen. Tirols Firmen haben noch 360 Mio. solcher Kredite laufen.

Von Max Strozzi

**Innsbruck** – Heuer laufen vieler in der Corona-Pandemie an Unternehmen vergebenen Covid-Überbrückungskredite aus und werden fällig. Die Kredite wurden hauptsächlich über die staatliche Förderbank aws, die Tourismusbank ÖHT und die Oesterreichische Kontrollbank vergeben, wobei der Bund Haftungsgarantien zwischen 80 und 100 Prozent der Kreditsumme übernahm, falls das Unternehmen nicht zurückzahlen kann.

Bisher musste der Bund 252 Millionen Euro an solchen Garantiezahlungen für nicht bediente Covid-Überbrückungskredite leisten, geht aus einer Anfragebeantwortung des Finanzministeriums an die NEOS hervor. Heuer dürften demnach weitere 216 Millionen Euro dazukommen. „Das sind die Kosten für die Steuerzahler, um die Unternehmen durch die Krise zu tragen, und ein Ergebnis der ‚Koste es, was es wolle‘-Politik, die damals von der Sorge getragen war, dass es wegen der Lockdowns zu Masseninsolvenzen kommt“, sagt Gerhard Weinhofer, Chef des Gläubigerschutzverbands Creditreform. Weinhofer hatte vor einiger Zeit vor der Gefahr einer Insolvenzwelle gewarnt, wenn



Frühjahr 2020, Österreich im Lockdown: Überbrückungskredite brachten Firmen über die Runden. Foto: TT/Rachlé

Firmen die heuer schlagend werdenden Kredite nicht zurückzahlen können. Ob es dazu kommt, sei offen. Es gebe etwa auch die Möglichkeit von Ratenzahlungen über ein Jahr zu Nullzinsen oder drei Jahre mit Zinsen, erklärt Weinhofer.

### „Beruhigungs-Superpille“

Die Hilfskredite waren „eine Beruhigungs-Superpille für alle“, so Weinhofer. In der Pandemie habe man gehofft, dass die Unternehmen nach Corona wieder Geld verdienen und

die Kredite zurückzahlen können: „Die Wirtschaft sprang zwar an, aber dann kamen Russland-Krieg, Energiekrise, Inflation und Rezession. Damit ging sich die Rechnung nicht mehr aus. Das konnte aber damals niemand wissen.“

Aus Sicht von NEOS-Mandatar Markus Hofer sei es damals richtig gewesen, diese Kreditgarantien zu geben. „Jetzt aber haben wir die Situation, dass Banken nicht anders können, als diese Kredite fällig zu stellen, wenn sie aus-

laufen“, so Hofer. Ob dadurch Insolvenzen angefacht werden, sei unklar. „Bisher ist es nicht so schlimm gekommen wie befürchtet.“

### Viele Tiroler Firmen betroffen

In Tirol sind laut Finanzministerium 859 Unternehmen von im Vorjahr abgelaufenen Covid-Garantiekrediten betroffen. Aktuell haben noch rund 1950 Tiroler Unternehmen Covid-Garantiekredite im Gesamtumfang von 362 Millionen Euro laufen.

## Chinesen kaufen Bialetti

**Rom** – Der legendäre italienische Espressokocher-Hersteller Bialetti, seit Jahren in der Krise, wird vom Investmentfonds Nuo Capital geschluckt, der unter chinesischer Kontrolle steht. Nuo Capital übernimmt von Mehrheitsaktionär Francesco Ranzoni eine 78,5-%-Beteiligung am Unternehmen. Der Wert von Bialetti wird mit 30 Mio. Euro beziffert, die Verschuldung liegt bei 124 Mio. Euro. Dem italienischen Fiskus schuldet Bialetti mehrere Millionen Euro an Steuern. (APA)



Der legendäre Bialetti-Espressokocher wurde 1933 entwickelt. Foto: imago

## Strabag will Geld zurück

**Wien** – Wegen gescheiterter Offshore-Windkraftprojekte ziehen zwei Tochterunternehmen des heimischen Baukonzerns Strabag gegen Deutschland vor Gericht. Die Firmen wollen Schadenersatz in Höhe von rund 335 Millionen Euro inklusive Zinsen erstreiten – allerdings nicht in Deutschland, sondern über das Bezirksgericht in der US-Hauptstadt Washington D.C. Der juristische Umweg soll helfen, die Forderungen auf internationalem Wege durchzusetzen. (APA)

## TiSpa-Gewinn knickte ein, Wohnkredite ziehen an



Die Tiroler Sparkasse präsentierte eine durchwachsene Bilanz. Foto: TT/Rita Falk

**Wien** – Die Tiroler Sparkasse (TiSpa) hat das abgeschlossene Jahr mit einer durchwachsenen Bilanz beendet. Die Bilanzsumme stieg auf 4,71 Milliarden Euro (+4,7%), gab die Bank bekannt. Der operative Gewinn (EGT) dagegen sank um 8,5 Prozent auf 55 Mio. Euro. Und unterm Strich knickte der Jahresgewinn im Vergleich zum Jahr davor um 23,7 Prozent auf 38,3 Millionen Euro ein. Die TiSpa spricht von einem „er-

freulichen Geschäftsergebnis in einem wirtschaftlich herausfordernden Umfeld mit schwachen Konjunkturzahlen“. Die Tiroler Sparkasse habe einen starken Zuwachs bei den Kundeneinlagen verzeichnet (+5,8%), zuletzt verwaltete sie ein Kundenvermögen in der Höhe von 3,77 Milliarden Euro. Das Kreditvolumen stieg um 1,17 Prozent auf 3,59 Milliarden Euro.

Erfreulich aus Sicht der Bank: Die sinkenden Zinsen

haben den privaten Wohnbau angekurbelt. „Aufgrund des sinkenden Zinsniveaus fällt es den Tiroler:innen nach dem Stillstand der letzten Jahre wieder zunehmend leichter, sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen“, sagt Vorstand Patrick Görz: „Im Zuge der Zinssenkungen steigt die Investitionstätigkeit der privaten Haushalte. Das schlägt sich erfreulicherweise auch in der verstärkten Kreditnachfrage im Bereich

der privaten Wohnbaufinanzierungen nieder.“ Die Anzahl der neu abgeschlossenen Finanzierungen stieg um 10,7 Prozent, das Volumen der Neuvergaben um 22,3 Prozent auf 169,2 Millionen Euro. Die Tiroler Sparkasse beschäftigt mehr als 400 Mitarbeiter und ist an 34 Standorten im Großraum Innsbruck und Innsbruck-Land tätig. Betreut werden mehr als 155.000 Privat- und Firmenkunden. (mas)



Der frühere Caritas-Direktor Georg Schärmer ist „Zeitzeuge“. Foto: Rita Falk

## Ein Pionier der Tiroler Caritas

**Innsbruck** – Er war der vierte Direktor der Caritas Tirol und auch Vizepräsident der Caritas Österreich. Georg Schärmer hat in seinen 23 Jahren an der Caritas-Spitze viel bewegt – in Tirol und auch bei Hilfsprojekten weltweit. Schon während seiner Zeit als Lehrer engagierte er sich für die, die am Rande der Gesellschaft stehen. Und auch im Ruhestand setzt er sein soziales Engagement weiter fort. Für seinen Einsatz für die Menschlichkeit wurde Georg Schärmer mehrfach ausgezeichnet.

Am kommenden Mittwoch, 23. April, ist der frühere Caritas-Direktor Gast der beliebten Interview-Reihe „Zeitzeugen“ im Großen Saal des Landhauses in Innsbruck. Im Gespräch mit Autor Bernhard Aichner blickt Schärmer auf seine Laufbahn zurück. Beginn ist um 19 Uhr. Interessierte können sich online auf [tirol.gv.at/Zeitzeugen](http://tirol.gv.at/Zeitzeugen) oder telefonisch unter 0512/5082233 anmelden. (TT)

### Todesfälle

**In Oberlienz:** Georg Oberhauer, 65 Jahre.  
**In Tristach:** Alois Wendlinger, „Maurer Lois“, 88 Jahre.

## Illegale Parteispenden umverteilt

**Wien, Innsbruck** – Vergangenes Jahr wurden dem Rechnungshof 5067,89 Euro an unzulässigen Spenden gemeldet. Diese werden nun an Obdachlosenhilfen weitergegeben.

Bis 3. März hatten BürgerInnen die Möglichkeit, Vereine als Empfänger vorzuschlagen. Letztlich entschied das Los, heißt es vonseiten des Rechnungshofs. Unter den Begünstigten ist auch ein Tiroler Verein: 1689,30 Euro gehen an den Verein für Obdachlose in Innsbruck. Dieselbe Summe erhält die Oberösterreichische Tafel. Über 1689,29 Euro darf sich die Vinzenzgemeinschaft Benedict Labre – Vinzidorf Graz freuen.

Gemeldet wurden die Spenden gemäß Parteiengesetz 2012 von den Grünen, ÖVP und SPÖ. (TT)

# Großhotel auf der grünen Wiese

In Going planen die Bergbahnen ein Hotel mit 288 Betten, Swimmingpool und Restaurant. Der Gemeinderat entscheidet, ob eine Volksbefragung eingeleitet wird.

Von Michael Mader

**Going a. W. K.** – Den Eingriff in landwirtschaftliche Vorsorgeflächen kennt man ja schon aus der Gemeinde St. Johann mit dem geplanten und umstrittenen Gewerbegebiet „Unterbürg“. Nicht schon wieder, sagt deshalb die Liste Fritz und stellt eine schriftliche Anfrage an Landeshauptmann Anton Mattle und weitere Regierungsmitglieder bezüglich eines geplanten Großhotels bei der Astbergbahn in Going.

„Der Knackpunkt ist, dass diese Wiese als landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen ist.“

Markus Sint  
(Liste Fritz-Klubobmann)

„Es geht uns um Aufklärung und darum, dass die Bergbahnen Ellmau-Going als Projektbetreiber des Großhotels sowie die betroffene Standortgemeinde Going frühzeitig und rechtzeitig erklärt bekommen, dass dieses Großhotel auf einer geschützten landwirtschaftlichen Vorsorgefläche nicht umsetzbar ist“, sagt Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint.

Laut ihm planen die Bergbahnen Ellmau-Going auf einer rund 22.000 m<sup>2</sup> großen grünen Wiese ein Großhotel mit 288 Betten, 275 Autoabstellflächen, Swimmingpool und Restaurant. „Der Knackpunkt ist, dass diese Wiese als hochwertige landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen und unter Schutz gestellt ist“, warnen Sint und Bezirkssprecher Sepp Niedermoser.



Die Bergbahnen Ellmau-Going wollen bei der Astbergbahn auf der riesigen Wiese im Hintergrund ein Großhotel errichten.

Foto: Michael Mader

Für sie sprechen viele Gründe gegen dieses Großhotelprojekt. Ganz zentral sei dabei die angedachte Aufhebung der Unterschutzstellung der hochwertigen landwirtschaftlichen Fläche. „Das geht nur, wenn es ein öffentliches Interesse dafür gibt. Die Bergbahnen Ellmau-Going als Hotelprojektbetreiber führen als Begründung das Überleben der Astbergbahn in Going an. Das ist weit hergeholt und eigentlich skurril, denn ein Großhotel neben der Astbergbahn ist keine Garantie für den wirtschaftlichen Aufschwung dieses Liftes“, zieht Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint überhaupt

„Ein bergbahneigenes Hotel an der Talstation kann dafür eine geeignete Maßnahme sein.“

Johann Adelsberger  
(TVB-Obmann)

den Bedarf für diese Bettenburg in Zweifel. Er befürchtet massive Nachteile für die bestehenden Tourismusbetriebe sowie eine zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung für die Anrainer.

Der Tourismusverband Wilder Kaiser befürwortet eine Absicherung des Liftbetriebs am Astberg als Freizeitinfrastruktur für Gäste

und Einheimische. „Ein bergbahneigenes Hotel an der Talstation, das in der Umsetzung Rücksicht auf ökologische und soziale Bedürfnisse des Ortes nimmt, kann dafür eine geeignete Maßnahme sein“, sagt TVB-Obmann Johannes Adelsberger.

Allerdings haben die Touristiker ein paar Wünsche: So sollte das Hotelrestaurant zur Absicherung bzw. Ausweitung des gastronomischen Angebots in Going auch für Nicht-Hausgäste zugänglich sein und für Saisonarbeitende müsste ausreichend Wohnraum geschaffen werden, um keinen zusätzlichen Druck auf den regionalen

Wohnungsmarkt auszuüben. Außerdem sollte die Tiefgarage groß genug sein, um die Fahrzeuge der Gäste und der Mitarbeitenden aufzunehmen, und das Hotel sollte der Angebotsgruppe des Tourismusverbands „Grüne Anreise“ beitreten.

Seitens der Bergbahnen will man sich nicht zum Großhotel „Tirol Lodge Going“ äußern. „Wir warten zuerst die Entscheidung der Gemeinderatssitzung ab“, sagt Geschäftsführer Johannes Winkler. Dabei werden die Gemeinderäte auch darüber beraten, ob eine Volksbefragung zum Bergbahnen-Hotel eingeleitet werden soll.

## Schulbau wegen Verschuldung gestoppt

Die Gemeinde Kramsach ist zu 100 Prozent verschuldet. Die Volksschule muss warten, die Gemeindeaufsicht prüft.

Von Wolfgang Otter

**Kramsach** – Zu Jahreswechsel schrillten im Gemeindeamt alle Alarmglocken. Kramsach hatte zu diesem Zeitpunkt einen Verschuldungsgrad von 100 Prozent erreicht. „Es waren jedoch zu diesem Zeitpunkt noch Förderungen ausständig“, er-



„Wir haben im Budget Posten im Ausmaß von bis zu 200.000 Euro gefunden, die wir einsparen können.“

Andreas Gang  
(Bürgermeister Kramsach)

klärt Bürgermeister Andreas Gang. Zudem gehe man davon aus, dass einige Posten falsch zugeteilt waren. Daher

wird die Gemeindeaufsicht in den kommenden Tagen im Gemeindeamt anklopfen und die Finanzen durchforsten.

Wobei man derzeit davon ausgeht, dass der Verschuldungsgrad bei 85 Prozent liegt. Die brisante Finanzsituation trifft die Gemeinde zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt. Der Bau der Volksschule steht direkt bevor. Geplant ist ein Gebäude für 14 Klassen, dazu eine Bibliothek, Räume für den Mittagstisch und ein Turnsaal. Dass die bei der Präsentation des Projekts genannten Kosten von 1,6 Mio. Euro halten werden, kann der Bürgermeister nicht mehr bestätigen. Vielmehr benötige die Gemeinde einen Kredit von rund zehn Millionen Euro, um das Projekt zu stemmen.

Hier beginnen die Probleme: Die Aufsichtsbehörde wird dem Darlehen nicht mehr zustimmen, wie Gang berichten muss. Das bedeutet sparen, sparen und nochmals sparen. „Wir haben bereits im Budget Posten im Ausmaß von bis zu 200.000 Euro gefunden, die wir einsparen können“, sagt Gang. Zudem werden bis zu 1,5 Millionen



Der Neubau sollte auf einem freien Grundstück neben der alten Volksschule errichtet werden.

Foto: Hrdina

Euro einmalige Ausgaben aus dem laufenden Haushalt getätigt. Auch hier wird es Einsparungen geben. Zugleich wird es beim Schulprojekt selbst zu Abstrichen kommen müssen. Wie hoch die Baukosten letztlich ausfallen, lässt Gang derzeit noch offen. „Wir haben noch keine Ausschreibung gemacht“, erklärt er den Grund dafür.

Nach den Worten des Bürgermeisters habe er die

Schuldenlast mit seinem Amtsantritt vor drei Jahren von seinen Vorgängern geerbt. Alleine für das Pflege- und Betreuungszentrum sind noch 5,7 Millionen Euro offen. „Da wurde in den vergangenen 20 Jahren viel zu wenig zurückbezahlt“, kritisiert Gang. Zu dieser Summe addieren sich weitere 400.000 Euro Darlehen für die Wasserversorgung und den Kindergarten. Die Pro-Kopf-Ver-

schuldung stieg seit 2022 von 645 Euro auf 982 Euro.

Das sind also keine besonders rosigen Aussichten. Dabei ist die Volksschule nicht das einzige Vorhaben der Gemeinde in der Projekt-Pipeline. Da für die Kleinsten unbedingt mehr Platz benötigt wird, ist ein Waldkindergarten angedacht. Geschätzte Kosten: 1,5 Millionen Euro. Falls die Finanzierung dafür genehmigt wird.

# Kinderbetreuung einmal gratis, dann purer Luxus

Eine fixe Zusage seitens des Landes für Gemeinden sei nötig, so die Liste Fritz. Auch faire Bezahlung für Pädagogen sei Pflicht.

In Sachen Kinderbetreuung gibt es in den Tiroler Gemeinden große Unterschiede: Während diese in einer Gemeinde kostenlos ist, fallen wenige Kilometer weiter wieder Gebühren an. Dieser „Tarifschwungel“ sei für die Liste Fritz und Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider kaum noch durchschaubar, wie sie gestern informierten.

Bereits bei den ganz Kleinen gibt es die ersten Ungeheimheiten: Während Kindergärten vormittags kostenlos sind, fallen am Nachmittag Zuschläge an, die obendrein unterschiedlich hoch seien. Ähnlich auch bei Kinderkrippen. „Die Tarife zu vereinheitlichen, ist richtig. Es kann nicht sein, dass die Kinderbetreuung einmal Luxus ist und einmal gratis“, so Haselwanter-Schneider.

## Ohne Finanzspritze werde Vermittlung schwierig

Geht es nach der Liste Fritz, warnen immer mehr Ortschefs, dass eine Anpassung Kosten verursache, die nicht stemmbar wären. Es brauche daher eine Finanzierungszusage seitens des Landes, sonst „wird es



Kinderbetreuung ist in Tirol gefragt und zum Teil sehr teuer

Foto: HANS KLAUSTECHT / APA / picturedesk.com

**Es braucht eine Finanzierungszusage des Landes. Sonst wird es nichts mit dem Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Platzes für Kinderbetreuung.**

Andrea Haselwanter-Schneider, Parteichefin Liste Fritz



Foto: Liste Fritz

nichts mit dem Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes“, lautet die Kritik der Oppositionspartei.

Ein zusätzlicher Faktor sei obendrein die Bezahlung

für Elementarpädagogen. Diese müssen fair bezahlt werden. Stand jetzt würden oft für 40 gearbeitete Stunden lediglich 36 bezahlt werden. „Einige Gemeinden haben reagiert und zumindest drei Jahre nachgezahlt“, so die Parteichefin, die weiter ausführt: „Viele Betroffene fallen um viele Jahre um, weil die Ansprüche verjährt sind.“

Tirols Gemeinden ringen bereits um die Vermittlung von Betreuungspersonal. Einige Kommunen bieten Verträge mit Ferienzeiten oder fünf Wochen Urlaub an, um Personal zu bekommen, um „Konkurrenten“ auszustechen. M.O.

auf thematischer Offenheit. „Sei es Medizin, Bautechnik oder Informatik – wir wollen den Nachwuchs weiterhin zu wissenschaftlichen Bestleistungen anspornen“, betont LR Cornelia Hagele (ÖVP) dazu.

Nähere Details gibt es unter [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

Andererseits



ANDREAS MÖLZER

## Eltern haften für ihre Kinder

Die Jugendkriminalität explodiert im Lande. Hotspot ist Wien, und in überproportionalem Maße sind es Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, vorwiegend syrische. Das Beängstigende dabei ist, dass da schon Kinder zwischen 10 und 14 Jahren massiv und immer häufiger gegen das Gesetz verstoßen. Und wenn sie auf frischer Tat ertappt werden – so ließ uns der zuständige Polizeivertreter dieser Tage in einer Pressekonferenz mit dem Innenminister wissen – schreien sie: „Unmündig!“, um jeglicher Strafverfolgung zu entgehen.

EINERSEITS ertönt nun allenthalben der Ruf nach verschärften „sozialpädagogischen Einrichtungen“, in die diese Kinder eingewiesen werden könnten. Früher hieß das: Du kommst ins Heim!

ANDERERSEITS meinen nun Skeptiker, dass da kleinkriminelle Kinder in Haft kommen, aus der sie dann möglicherweise als Schwerkriminelle wieder herauskommen.

Und auf den Gedanken, dass es vielleicht weniger darauf ankäme, die kriminellen Kinder abzustrafen, sondern vielmehr die Eltern zu einer entsprechenden Erziehung zu bewegen, kommt niemand. Gerade in Bezug auf Migranten-Familien ist es ja auch ein Indiz für Integrations-Verweigerung, wenn die Kinder nicht angehalten werden, unsere österreichischen Werte zu respektieren. Die Strafdrohung für die Zehn- bis Vierzehnjährigen sollte also eher deren Eltern gelten: Eltern haften nämlich für ihre Kinder.

## INITIATIVE DES LANDES

### Wissenschaft trifft Wirtschaft: Eine Million € für Dissertationsvorhaben

In diesem Jahr stellt das Land Tirol knapp eine Million Euro für industriennahe Dissertationsvorhaben zur Verfügung. Die Förderaktion bildet eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft

sowie Wirtschaft. Pro Forschungsvorhaben können bis zu 100.000 Euro vergeben werden. Die Aktion ist dabei nicht auf bestimmte Disziplinen beschränkt – der Schwerpunkt liegt bewusst



Die Tiroler Pisten sind nach wie vor sehr beliebt bei Wintersportlern.

Foto: iStock

## Beim Urlaub bleibt Tirol Nummer eins

Die Winterbilanz des Tourismusberaters Kohl & Partner zeigt: Tirol bleibt führend bei der Nachfrage, Südtirol und Bayern hinken hinterher.

**Wien** – Die Wintersaison neigt sich dem Ende zu, erste Bilanzen weisen starke Zahlen für Tirol aus. „Die Wintersaison 2024/25 im Alpenraum war insgesamt erfolgreicher als die Vorjahrssaison“, resümiert Thomas Steiner vom internationalen Tourismusberatungsunternehmen Kohl & Partner. Untersucht wurden Bayern, Südtirol und Tirol.

Demnach war die erste Winterhälfte, insbesondere Dezember und Jänner, von einer starken Nachfrage und sehr positiven Ergebnissen geprägt, während es im Februar und März spürbar nachgelassen hat. „Besonders im März nahm die Nachfrage – vor allem in weniger schneesicheren Regionen und tieferen Lagen – deutlich ab, was das Gesamtergebnis bremsete“, heißt es in der Bilanz.

Die Untersuchung zeigt allerdings ein unterschiedliches Bild bei Zimmerauslastung und durchschnittlichen

Preisen für die drei Regionen. In Tirol lag die Auslastung bei 71 Prozent – ein Plus von 2,3 Prozent. Weit weniger ausgelastet waren die Hotels in Südtirol (64 Prozent) und Bayern (55). „Besonders

„Die Wintersaison 2024/25 im Alpenraum war insgesamt erfolgreicher als die Vorjahrssaison.“

Thomas Steiner  
(Kohl & Partner)

hervorzuheben sind die starken Monate Dezember und Jänner, während die Auslastung im Februar und März leicht rückläufig war, aber immer noch stabil auf hohem Niveau blieb“, schreibt das Beratungsunternehmen, das auch in Innsbruck eine Niederlassung hat.

Tiefer in die Tasche greifen mussten Urlauberinnen und Urlauber in Tirol – die durch-

schnittlichen Preise für ein Hotelzimmer legten im Februar um 1,5 Prozent auf 387 Euro und um 1,7 Prozent auf 321 Euro im März zu. Allerdings fiel das Plus deutlich moderater als beim südlichen Nachbarn aus. Die durchschnittlichen Preise für ein Hotelzimmer stiegen in Südtirol am stärksten. In Bayern zogen die Preise minimal an.

„Tirol bleibt in der Nachfrage klar führend und konnte auch bei der Preisdurchsetzung erfolgreich punkten. Südtirol hat mit den stärksten Preissteigerungen den Markt dominiert, während Bayern weiterhin Fortschritte zeigt, jedoch hinter den beiden Spitzenreitern zurückbleibt. Besonders entscheidend wird sein, wie flexibel die Hoteliers in den kommenden Wintern auf schwächere Nachfragephasen reagieren und die Preis- sowie Kostenstruktur im Griff haben“, konstatiert Hotelexperte Steiner. (sas)

## EZB senkt Zinsen siebtes Mal in Folge

Die Europäische Zentralbank greift der Wirtschaft im Handelskrieg gegen die USA unter die Arme und senkt den Leitzins auf 2,25 Prozent.

**Frankfurt** – Die Europäische Zentralbank senkt inmitten der Zollturbulenzen zum siebten Mal seit verganginem Juni die Leitzinsen. Der für Banken und Sparer wichtige Einlagensatz wird um 0,25 Prozentpunkte auf 2,25 Prozent verringert, wie die Notenbank in Frankfurt gestern mitteilte.

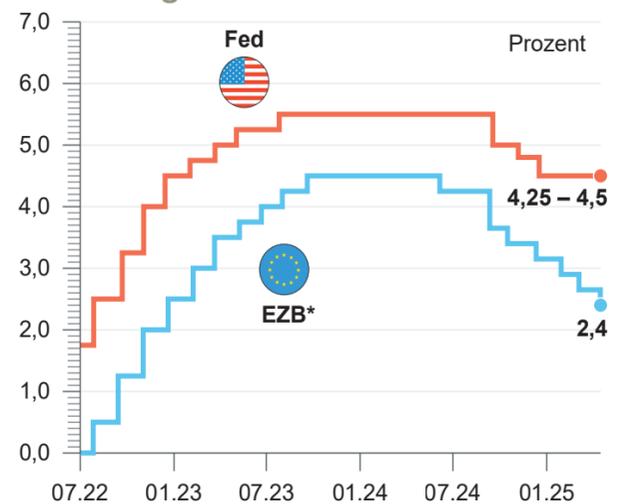
Niedrigere Zinsen machen Kredite tendenziell günstiger. Sie helfen der schwachen Konjunktur in der Eurozone, der mit der Zolloffensive von US-Präsident Donald Trump weitere Rückschläge drohen. Zudem gibt die abflauende Inflation im Euroraum der EZB Spielraum für Zinssenkungen.

Für Sparerinnen und Sparer hingegen ist die erneute Leitzinssenkung keine gute Nachricht: Bekommen Geschäftsbanken weniger Zinsen für Gelder, die sie bei der EZB parken, senken sie die Zinsen auf Einlagen der Kunden. Auf die Bauzinsen hat die Zinssenkung der EZB nicht zwingend Einfluss. Der Zinsschritt könnte schon eingepreist sein.



EZB-Präsidentin Christine Lagarde erklärt Zinsschritt. Foto: AFP/Kudryavtsev

### Entwicklung der Leitzinssätze seit 2022



\* Hauptrefinanzierungssatz

Anmerkung: Der für die Finanzmärkte maßgebliche Einlagensatz wurde um 0,25 auf 2,25 Prozent gesenkt.

Quelle und Grafik: Austria Presse Agentur **APA**

Der Rückgang der Inflation schreite gut voran, teilte die EZB mit. Zudem hätten sich die Wachstumsaussichten für die Wirtschaft im Euroraum „aufgrund der zunehmenden Handelsspannungen eingetrübt“. „Die erhöhte Unsicherheit dürfte das Vertrauen der privaten Haushalte und Unternehmen mindern“, erklärte die Zentralbank und verwies auch auf die jüngsten heftigen Börsenturbulenzen. Die Notenbank sprach von „außergewöhnlich hoher Unsicherheit“.

Die EZB verringert nicht nur den Einlagensatz, sondern auch den Zins, zu dem sich Geschäftsbanken frisches Geld bei der Notenbank besorgen können: Statt

2,65 Prozent werden dafür nun 2,4 Prozent Zinsen fällig.

Seit der Verkündung von Trumps Zollpaket sind die Sorgen um den Welthandel und die Wirtschaft in Europa stark gewachsen. Der Zollstreit könnte die Wirtschaft im Euroraum erheblich belasten, die nach EZB-Prognose 2025 ohnehin nur minimal um 0,9 Prozent wachsen dürfte.

Zwar hat Trump die pauschalen Zölle von 20 Prozent auf Importe aus der EU für 90 Tage ausgesetzt. Es bleiben aber der neue US-Basiszoll von 10 Prozent und 25 Prozent Zoll auf Autos, Stahl und Aluminium aus Europa. Trump will zudem neue Sonderzölle im Bereich der Halbleiterindustrie und auf Medizinprodukte ankündigen. (dpa, TT)

## USA drohen China mit mehr Zöllen

**Washington** – Der Handelskrieg zwischen den USA und China ist um eine Facette reicher. China drohen „als Ergebnis seiner Vergeltungsmaßnahmen“ bis zu 245 Prozent Zölle auf Einfuhren in die USA, wie das Weiße Haus



Die USA haben einen Handelskrieg mit China begonnen. Foto: AFP/Pardo

in einem Informationsblatt mitteilte. Ein Beamter sagte gegenüber dem Magazin *Newsweek*, die Berechnung spiegelt den potenziellen Höchstzollsatz wider, der auf einige chinesische Waren erhoben werden könnte.

Das chinesische Außenministerium erklärte, man werde sich nicht auf ein Zahlenspiel einlassen. Man stehe in laufendem Kontakt mit den USA und sei offen für Wirtschafts- und Handelsverhandlungen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts, erklärte das Handelsministerium. (APA, Reuters)

## „Seilbahn-Deal offenlegen“

Liste Fritz fordert, die Abschlagszahlung für die Kalser Lifte öffentlich zu machen.

**Kals** – Der Geheim-Deal rund um die Bergbahnen Kals in Osttirol sorgt für Aufregung. Wie berichtet, wurde der gerichtliche Streit um die Abtretung von Bergbahn-Anteilen an die Schultz-Gruppe laut *TT*-Informationen nun offenbar außergerichtlich erledigt. Es ging um die Beteiligung in Höhe von rund sechs Millionen Euro der Osttirol Invest (OIG – gehört der Felbertauernstraße-AG und dem Land Tirol) an den Kalser Bergbahnen. Vor sieben Jahren wurde der Anteil von 25 Prozent an Schultz abgetreten, ohne dass im Gegenzug Geld floss. Nach öffentlichem Druck klagte die

OIG die Schultz-Gruppe auf 5,7 Mio. Euro. Nun einigte man sich, dass Schultz einen Millionenbetrag zurückzahlte. Über die Höhe herrscht jedoch Stillschweigen.

Die Liste Fritz will sich mit dem Geheim-Deal nicht abfinden. „Wenn die schwarze Landesregierung, die Osttiroler Investment Gesellschaft und der Schultz-Konzern

meinen, dass sie sich die Abschlagszahlung ausschnapsen und geheim halten können, dann haben sie sich geschnitten“, so Klubchef Markus Sint. Seit Jahren habe sich die Liste Fritz mit neun Landtagsanfragen um Aufklärung und Rückzahlung der gewährten Steuergeld-Millionen bemüht. „Es geht um 5,7 Millionen Euro. Die an den Tag gelegte Geheimhaltung legt nahe, dass sich Schultz gegenüber der OIG und der Landesregierung durchgesetzt hat“, so Sint. Der Seilbahn-Deal mit der ausgehandelten Abschlagszahlung sei „selbstverständlich öffentlich bekannt zu geben“. (TT)



Wie viel Schultz der OIG für die Kalser Lifte zahlt, bleibt unklar. Foto: Oblasser

# „Schwarzbau bleibt Schwarzbau“

Natterer Camping ruft nach Teilverbot für Lodges Höchstgericht an. Für Liste Fritz bleiben es Schwarzbauten.

Von Max Strozi

**Natters** – Die Causa Natterer See-Camping beschäftigt nun das Höchstgericht. Wie der Verwaltungsgerichtshof bestätigt, hat die Camping-Betreiberfirma von Wirtschaftskammer-Spitzenfunktionär Georg Giner eine außerordentliche Revision gegen das Urteil des Landesverwaltungsgerichts eingebracht. Das Gericht hatte Mitte Februar ein Betriebsverbot für mehr als 20 Lodges durch die BH bestätigt.

Die Lodges wurden 2016 auf Freiland errichtet und seither auch betrieben, ohne dass dies je angezeigt wurde. Auch die Widmung auf dem Areal passt nicht – die Unterkünfte stehen auf Freiland. Unlängst waren die Lodges auf der Homepage zum Buchen angeboten – nach einer *TT*-An-

frage dazu nicht mehr. Ebenfalls beanstandete „Floating Homes“ wurden gestern aber noch angeboten.

## Camping-Betreiber wehrt sich

In dieser Causa spielt auch die Gemeinde Natters eine wesentliche Rolle. Ende Jänner 2025, drei Monate nach dem Betriebsverbot durch die BH, hat die Gemeinde nämlich eine Ausnahmeverordnung verabschiedet, um den Weiterbetrieb auf dem Areal trotz Benützungsverbot zu ermöglichen. So wurde für die betroffene Fläche ein Kampieren außerhalb von Campingplätzen in mobilen Unterkünften erlaubt. Das Gericht befand aber, dass die Verordnung nicht greife, weil das Areal nicht außerhalb des Campingplatzes liegt, sondern seit Jahren als Teil des Campingplatzes ge-

nutzt wird und an dessen Infrastruktur – Strom Wasser, Gas – angebunden ist.

Das See-Camping dagegen beharrt auf der Gemeindeverordnung. Der Betrieb der Lodges sei „auf Grundlage der ordnungsgemäß kundgemachten und rechtsgültigen Verordnung des Gemeinderates zulässig“, teilt der Anwalt des Campingplatzes mit. Das Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts betreffe das Betriebsverbot durch die BH, nicht aber die Gemeindeverordnung. Vielmehr wäre das LVwG „an die Verordnung des Gemeinderates [...] gebunden und zu deren Anwendung verpflichtet gewesen“. Diesen Aspekt soll nun das Höchstgericht klären.

Für Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint ist der Kernpunkt ohnehin ein ganz anderer:



Die Causa Natterer See-Camping liegt nun beim Verwaltungsgerichtshof in Wien.

Foto: TT/Rita Falk

„Die beanstandeten Logdes sind Bauwerke im Freiland. Sie sind und bleiben damit Schwarzbauten – Gemeindeverordnung hin oder her.“

## Fix im Boden verankert

Auch das Gericht habe schließlich festgestellt, dass

die Unterbauten der Lodges fix im Boden verankert sind. Zudem beziehe sich die Gemeindeverordnung auf mobile Unterkünfte und nicht auf Fixbauten, wie sie hier stünden. „Die Verordnung wurde nur verwendet, um das Benützungsverbot

zu umgehen“, so Sint. Das Benützungsverbot der BH müsse über der Verordnung stehen.

Wie das Land mitteilt, hat das See-Camping kürzlich eine Anzeige zum Betrieb des betroffenen Areals als Campingplatz eingebracht.

## DER CUPRA TERRAMAR PLUG-IN-HYBRID



Ab € 229,- mtl.<sup>1</sup>



Elektrisch wenn du willst. Kraftvoll wenn du es brauchst.

**CUPRA**

Mit einer elektrischen Reichweite von über 120 km.

Alle Preise und Boni sind unverbindl., nicht kart. Richtpreise/-boni inkl. USt. und NoVA und werden vom Listenpreis abgezogen. 1) Privatkunden-Angebot im Restwert Leasing der Porsche Bank inkl. USt. und NoVA, zzgl. gesetzl. Vertragsgebühr € 217,-, keine Bearbeitungskosten, Gesamtleasingbetrag € 39.400,-, Laufzeit 36 Monate, 10.000 km/Jahr, Eigenleistung (VZ-Depot) € 7.700,-, Restwert € 28.600,-, Sollzinssatz fix 6,30 %, Effektivzinssatz fix 7,24 %, Gesamtbetrag € 45.473,-, Abschluss einer vollKASKO sowie eines Service-, Wartungsprodukts der Porsche Bank Versicherung vorausgesetzt. Bereits berücksichtigt: € 4.000,- Performance Prämie, € 4.000,- e-HYBRID Prämie, € 2.000,- Porsche Bank Bonus und € 500,- Versicherungsbonus bei Finanzierung und Abschluss einer Kasko über die Porsche Bank Versicherung. € 1.000,- Servicebonus bei Finanzierung und Abschluss eines Service-, Wartungsprodukts über die Porsche Bank. Für Boni gilt: Mindestlaufzeit 36 Monate, für Privatkunden. Angebot gültig bis 30.06.2025 (Antrags- und Kaufvertragsdatum). Stand 25.03.2025. 2) 5 Jahre Garantie oder 100.000 km Laufleistung, je nachdem, was früher eintritt. Verbrauch: 0,4-0,8 l/100 km. CO<sub>2</sub>-Emission: 10-18 g/km. Stromverbrauch: 17,6-23,9 kWh/100 km. Symbolfoto. Stand 04/2025.

**5** JAHRE GARANTIE<sup>2</sup>

## EU-Kommission fördert Tiroler Tech-Unternehmen

**Brüssel, Innsbruck** – Das Innsbrucker Start-up Charonium hat ein System entwickelt, mit dem Notare auch auf den digitalen Nachlass abseits von Banken zugreifen können – Stichwort Kryptowährungen. Mit einer so genannten Blockchain lassen sich solche Vermögenswerte und die dazugehörigen Zugangscodes für die Erben hinterlegen und im Todesfall abrufen.

Dieses Konzept hat nun auch die EU-Kommission überzeugt: In einem dreistufigen Verfahren konnte sich Charonium durchsetzen und wurde als eines von 20 Unternehmen in die Europäische „Blockchain Sandbox“ aufgenommen. Dieses Förderprojekt unterstützt europäische Start-ups, die mit Blockchains einen Mehrwert für die Gesellschaft bilden. Gegenüber der *TT* teilte Charonium-Gründer Daniel Gosterzeier mit: „Für uns als junges Unternehmen aus Tirol ist das nicht nur ein Meilenstein, sondern auch ein Startschuss.“ (*TT*)

## Deutsche Bahn braucht 150 Milliarden fürs Netz

**Berlin** – Die Deutsche Bahn braucht nach Einschätzung von Konzernchef Richard Lutz bis zu 150 Mrd. Euro zur Modernisierung ihrer maroden Infrastruktur. Dies sei der „zusätzliche Finanzierungsbedarf“, sagte Lutz gegenüber *t-online*. Mindestens 80 Mrd. Euro brauche man für das bestehende Netz, von der Generalsanierung der Hochleistungskorridore über die Reparatur großer Eisenbahnbrücken bis hin zum Ausbau von Bahnhöfen und der Ertüchtigung moderner digitaler Stellwerke als Ersatz für Anlagen. (*APA, Reuters*)



Foto: UniCredit Bank Austria

## Nach 24 Jahren: Zadrazil verlässt die Bank Austria

UniCredit-Österreich-Chef Robert Zadrazil gibt seinen Posten heuer im August ab. Seine Aufgaben als Country Manager für Österreich soll in Zukunft der UniCredit-Bank-Austria-Vorstandschef Ivan Vlaho zusätzlich übernehmen. Zadrazil begann seine Karriere 2001 bei dem Geldinstitut.

# Kein Lärmschutz

# für Silzer

Mit neun zu sechs Stimmen wurde eine Lärmschutzwand für Silz vom Gemeinderat abgelehnt.

VON BARBARA TATSCHL

SILZ. Im Vorfeld zur jüngsten Gemeinderatssitzung gab es eine aufwändige Studie seitens der ÖBB, die eine durchschnittliche Grenzwertüberschreitung von 15dB ergab und eine Präsentation der Visualisierung seitens des Architekturbüros Wakonig. Nachdem bereits am 13.11.2024 ausführlich die Ergebnisse der Lärmschutzmessung in Anwesenheit von Technikern, der ÖBB, Land und Gemeinde präsentiert worden waren, kam es vergangene Woche zur Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Lärmschutzwand in Silz. Bürgermeister Helmut Dablan-



Die Planungen zur Lärmschutzwand Silz (hier das 3D-Modell des Architekturbüros Wakonig Wien) waren zwar detailliert, aber sinnlos. Foto: Tatschl

der sagte in der Sitzung, dass, wenn die Abstimmung für die Lärmschutzwand ausgeht, sie so gebaut wird, wie sie vom Architekturbüro Wakonig visualisiert wurde und dass die Förderungen nach wie vor stehen (Kostenaufteilung: 50% ÖBB, 25% Land und 25% Gemeinde). Vizebürgermeister Föger konstatierte, dass er für die Lärmschutz-

wand sei, weil er selbst auch ein Fenster öffnen oder auf der Terrasse sitzen wollen würde, ohne Lärmbelästigung. Gegenargumente waren die Dorftrennung und die Höhe der Lärmschutzwand. Trotz der Lärmschutzmessung, die ergab, dass Grenzwerte überschritten werden, kam es zu 9 Stimmen gegen und 6 Stimmen

für die Lärmschutzwand. AnrainerInnen, die anwesend waren und sich schon seit über 20 Jahren dafür einsetzen, blieben mit Unverständnis bezüglich des Ergebnisses zurück, wegen der Fakten der Lärmschutzmessung (Grenzüberschreitungen um 15dB).

Ein Statement zum Ergebnis kam von Markus Sint, Klubobmann Liste Fritz: „Das Abstimmungsergebnis im Silzer Gemeinderat ist eine Katastrophe für die Anrainer und Bürger von Silz, eine Katastrophe für die Gesundheit der Leute, die jetzt weiter unter krankmachendem Lärm leiden müssen... seit Jahren unterstützen wir sie als Liste Fritz dabei und haben deshalb auch zig Gespräche mit Zumtobel und Mattle geführt ... trotzdem geht unser Kampf für Lärmschutz, für Gesundheitsschutz und für Menschenschutz gemeinsam mit den betroffenen Bürgern weiter.“

Wie bei allen strittigen Themen gibt es Gegner und Befürworter. Jedoch wurde durch die Studie der ÖBB klar gezeigt, dass es Grenzwertüberschreitungen gibt, zudem gibt es eine Zunahme an Nachtgüterzügen, die Schall und Bremsstaub verursachen. So wie bei der Präsentation der Studie der ÖBB besprochen worden war, sind Lärmschutzwände in Tiroler Orten an den Bahngleisgang und gäbe. Im nah gelegenen Oberhofen gibt es etwa eine Lärmschutzwand. Silz bildet hier nach wie vor die Ausnahme.

## UMFRAGE DER WOCHE

 Die Umfrage zum Thema finden Sie auf [MeinBezirk.at/Imst](https://MeinBezirk.at/Imst)



# Zukunftsprojekt oder finanzielle Belastung?

**Geplante Unterführung soll Wilten und Pradl verbinden – Finanzierung bleibt jedoch weiterhin unklar.**

Der geplante Bau einer unterirdischen Fuß- und Radwegverbindung unter dem Hauptbahnhof, der die Stadtteile Wilten und Pradl miteinander verbinden soll, könnte die Mobilität in Innsbruck nachhaltig verbessern. Der Stadtsenat hat sich heute, am 9. April, in einer Mehrheitsentscheidung grundsätzlich zur Planung und Realisierung einer unterirdischen Fuß- und Radwegverbindung unter dem Hauptbahnhof bekannt. Trotzdem bleibt eine wesentliche Frage offen: Wer wird die hohen Kosten tragen?

## **Klarheit muss her**

Laut einem noch nicht unterzeichneten Planungsabkommen sollen die Kosten für die Planung der Unterführung zu einem Drittel von der Stadt, den ÖBB und dem Land Tirol getragen werden. Doch angesichts der unklaren Gesamtkosten, die sich bereits für die Planung auf rund 2,1 Millionen Euro belaufen, zeigt sich die Stadt skeptisch. Für die Stadt Innsbruck bedeutet dies eine finanzielle Belastung von rund 700.000 Euro.

## **Verständnis und Kritik**

Die Opposition äußert sich teils mit Verständnis, teils mit scharfer Kritik. Während Liste Fritz Haselwanter-Schneider die Fuß- und Radwegunterführung als „einmalige Gelegenheit“ sieht und eine schnelle Entscheidung



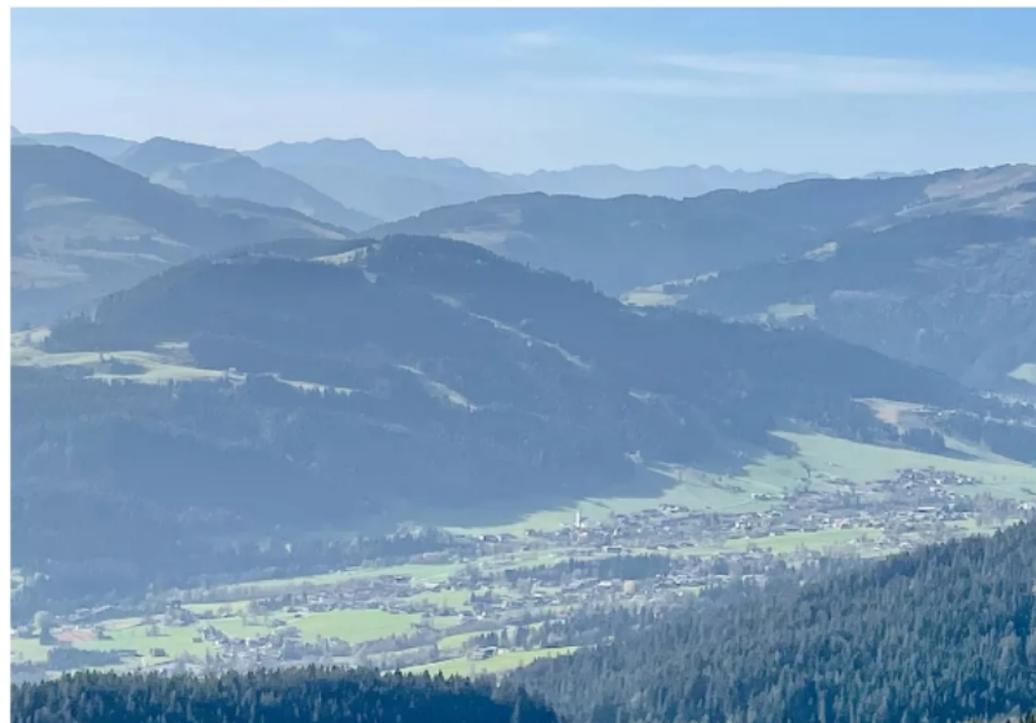
**Der Umbau des Hauptbahnhofes steht bevor.**

Foto: Stadt Innsbruck

fordert, warnt die FPÖ vor einer weiteren Belastung der Stadtfinanzen. „Wir können uns das schlicht nicht leisten“, so Markus Lassenberger (FPÖ). Weiters unterstrich er, dass besonders in Zeiten, in denen die Stadt mit einer angespannten Haushaltslage und steigenden Gebühren zu kämpfen habe, es fahrlässig sei, ein so kostenintensives Projekt ohne eine klare Finanzierungszusage voranzutreiben.

# Flächen opfern für ein neues Großhotel? – mit Umfrage

16. April 2025, 10:41 Uhr



Die Gemeinde Going mit dem Astberg. Foto: Kogler hochgeladen von Klaus Kogler

## Umfrage

### Neues Großhotel für Going – eine gute Idee?

Ja, absolut (12 Stimmen)

28,57 %

Nein, keinesfalls (27 Stimmen)

64,29 %

Das hält sich die Waage (3 Stimmen)

7,14 %

Danke für Ihre Teilnahme!

[Hier klicken, um Ihre Teilnahme zu widerrufen.](#)

Diese Umfrage endet am 23. April 2025 um 10:00 Uhr.

## Anzeige



### In die Zukunft

Weil die digital...  
die Digitalisier...  
den Fortschritt...  
Zukunft. [Hier m...](#)

## Toplinks



## **Pläne der Bergbahnen für ein Großhotel auf der grünen Wiese in Going; Liste Fritz sieht kein öffentliches Interesse und kritisiert Bodenversiegelung.**

**GOING.** In Going planen die Bergbahnen Ellmau-Going auf rund 22.000 m<sup>2</sup> hochwertiger landwirtschaftlicher Vorsorgefläche ein neues Großhotel (288 Betten). Als Begründung wird das Überleben der Astbergbahn in Going von den Projektwerbern angeführt.

"Es ist richtig, dass die Bergbahnen Ellmau-Going ein Hotel mit ca. 290 Betten in Going errichten wollen. Wir beschäftigen uns gerade recht intensiv mit der internen Aufbereitung. Es gab diesbezüglich am 2. April eine Gemeinderatsklausur, bei der wir uns mit den Pro- und Kontra-Argumenten auseinandergesetzt haben. Wir befinden uns im regen Austausch mit der Bergbahn und koordinieren die weiteren gemeinsamen Schritte",

erklärt Bgm. Alexander Hochfilzer dazu.

## **Kritik von Liste Fritz**

Die Liste Fritz hat zu diesem Vorhaben im März-Landtag eine Anfrage u. a. an LH Anton Mattle eingebracht. Die Liste sieht kein öffentliches Interesse für eine Aufhebung der Vorsorgefläche.

"Viele Gründe sprechen gegen dieses Großprojekt; erneut soll eine grüne Wiese für immer versiegelt werden. Wird die Unterschutzstellung der Agrarfläche aufgehoben, gehen Bodenfraß und -versiegelung ungezügelt weiter",

so LA Markus Sint.

Die Begründung, es gehe um das Überleben der Astbergbahn, sei skurril.

"Ein Großhotel ist keine Garantie für den Aufschwung der Bahn, es gibt in Going bereits genügend Gäsebetten, die nicht ausgelastet sind. Ein öffentliches Interesse an dem Projekt besteht sicher nicht",

so Sint weiter. Ein neues Hotel würde lediglich bestehenden Betrieben Gäste und Mitarbeiter wegnehmen. Sint befürchtet auch zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung für Anrainer.

Von LH Mattle, LR Josef Geisler und LR Mario Gerber fordert die Liste Fritz, klar zu erklären, dass dieses Großhotel auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche nicht umsetzbar ist und keine aufsichtsbehördliche Genehmigung zu erteilen.

# Flächen opfern für neues Großhotel?

GOING. In Going planen die Bergbahnen Ellmau-Going auf rund 22.000 m<sup>2</sup> hochwertiger landwirtschaftlicher Vorsorgefläche ein neues Großhotel (288 Betten). Als Begründung wird das Überleben der Astbergbahn in Going angeführt.

Die Liste Fritz hat dazu im März-Landtag eine Anfrage u. a. an LH Anton Mattle eingebracht. Die Liste sieht kein öffentliches Interesse für eine Aufhebung der Vorsorgefläche. „Viele Gründe sprechen gegen dieses Projekt; erneut soll eine grüne Wiese für immer versiegelt werden“, so LA Markus Sint. **Mehr dazu > nächste Ausgabe.**

# Bahn-Ausbau statt Tunnelbau

## Liste Fritz kämpft für eine gerechtere Verkehrspolitik im Außerfern

BREITENWANG. Bei einer Pressekonferenz im Bezirk Reutte kritisierten Klubobmann Markus Sint und Bezirkssprecher Josef Lutz von der Liste Fritz das geplante Fernpass-Paket samt Scheiteltunnel und forderten Verbesserungen bei der Außerfernbahn. Sint ließ dabei keine Zweifel aufkommen, dass er das Fernpass-Projekt strikt ablehnt: „Es ist ein völlig falsches Millionenprojekt, das keinerlei Entlastung bringt. Für uns war immer klar, dass es keinen Fernpass-Scheiteltunnel ohne Volksbefragung geben kann“, so Sint. Als Alternativen nennt die Liste Fritz strengere Kontrollen, eine Einschränkung der zahlreichen Ausnahmen beim LKW-Fahrverbot über 7,5 Tonnen sowie einen besseren Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Besonders unfair findet Sint die geplante Maut auf der Fernpassstrecke. Diese sei eine unzumutbare Belastung für die Bevölkerung im Außerfern.



**Sint und Lutz (v.l.) fordern eine verlässliche Zugverbindung.**

„In anderen Regionen Tirols wurden Straßen- und Tunnelprojekte aus dem Landesbudget finanziert – ohne Maut. Warum soll das im Außerfern anders sein?“, fragt er.

### **Stiefkind Außerfernbahn**

Ein weiteres zentrales Thema war die Situation der Außerfernbahn. Markus Sint kritisierte, dass die Bahn „die Hälfte der Zeit gar nicht fährt“, obwohl das Land Tirol und der Verkehrsverbund Tirol (VVT) jährlich 3,3 Millionen Euro für den Betrieb zahlen. Allein von

Jänner bis September 2024 seien rund 70.000 Bahnkilometer ausgefallen – teils wegen kurzfristiger Baustellen, teils wegen Personalmangels bei der DB Regio. Sint fordert klare vertragliche Regelungen im neuen Verkehrsvertrag ab 2027: „Wenn die Strecke nicht bedient wird, müssen auch Strafen her.“

### **Mangel an Parkmöglichkeiten**

Bezirkssprecher Josef Lutz sieht ein weiteres Hindernis in der fehlenden Park-Infrastruktur für Pendler. Besonders für Menschen aus den Seitentälern wie Schattwald sei es nahezu unmöglich, ohne Auto nach Innsbruck zu kommen. Auch in Reutte würden Parkplätze knapp, etwa beim Schulzentrum. Lutz meint: „Anstatt viel Geld in die Bewerbung des Tunnels zu stecken, sollte es besser in den Ausbau von Park & Ride und des öffentlichen Verkehrs fließen.“ (eha)

# Millionendeal: OIG und Schultz einigen sich – und schweigen

Der Streit um Anteile der Osttiroler Investment GmbH an der Kaiser Bergbahn ist beigelegt. Wie? Das bleibt im Dunkeln.

Wirtschaft

Politik

Gerhard Pirchner 17.04.2025

Laut Tiroler Tageszeitung vom Gründonnerstag haben sich die Schultz-Gruppe und die Osttiroler Investment GmbH (OIG) außergerichtlich auf einen Kaufpreis für die OIG-Anteile an der Kaiser Bergbahn geeinigt. Damit ist ein Streit beendet, der vor fast zehn Jahren mit einer Aufdeckung begann.

Der Villgrater Unternehmer Sepp Schett, damals auch Landtagsabgeordneter der Liste „Impuls Tirol“, wies im Dezember 2015 als Erster darauf hin, dass die Osttiroler Investment Gesellschaft OIG offenbar plane, dem Tourismuskonzern der Familie Schultz sechs Millionen Euro als „stillen Zuschuss“ zu schenken.

Die OIG verwaltet – einfach ausgedrückt – die Gewinne aus den Mauteinnahmen am Felbertauern und gehört der Felbertauern AG und dem Land Tirol. Es handelt sich also um Geld aus öffentlichen Töpfen. Mit den genannten 6 Millionen Euro hatte sich die OIG im Jahr 2008 an der Skischaukel Kals-Matrei beteiligt und dafür 25,1 Prozent der Gesellschaftsanteile der Liftgesellschaft erhalten.

Das war ein Tabubruch. Bis dahin waren Direktbeteiligungen der OIG nicht vorgesehen. Die Mauteinnahmen am Felber sollten ursprünglich nur günstige Kredite für kleine und mittlere Osttiroler Unternehmen bringen. Mit dem Einstieg bei Schultz – der zusätzlich auch noch Millionen an Förderung erhielt – konnte man elegant die von der EU vorgeschriebenen Förderlimits sprengen.

Zehn Jahre nach dem Deal, im Sommer 2018, stieg die OIG aus den Kaiser Bergbahnen wieder aus und trat ihren Viertelanteil an Schultz ab. Um welchen Preis? Das wurde zunächst geheim gehalten. Dann machte eine **unglaubliche Summe die Runde: 4 Euro**. Ein Sturm der Entrüstung brach los, nun entfacht vor allem von der oppositionellen Liste Fritz. Deren Frontmann Markus Sint lässt seit vielen Jahren in dieser Causa nicht locker und bombardiert die Landesregierung regelmäßig mit Anfragen zum Thema.

Sint und kritischen Medien ist zu verdanken, dass die Landesregierung 2021 plötzlich doch ihre Verantwortung für den sorgsam Umgang mit Steuergeld erkannte. Damals hatte der heutige Landeshauptmann Anton Mattle das Wirtschaftsressort von Patrizia Zoller-Frischauf übernommen und zeigte gegenüber dem Schultz-Konzern **erstmalig klare Kante**. Ein Schiedsgutachter ermittelte einen realistischen Abtretungspreis für die Bergbahn-Anteile und legte – je nach Berechnungsmethode – eine Bandbreite vor: Mindestens 2,5 Millionen Euro und im Idealfall knapp 5,7 Millionen Euro.

Darauf ging Schultz nicht ein und die Causa landete vor Gericht. **Im Mai 2022** gab die OIG bekannt, dass sie die Firmengruppe des Liftkaisers Heinz Schultz auf Bezahlung eines Abtretungspreises von 5,7 Millionen Euro für 25 Prozent der Anteile an den Kaiser Bergbahnen verklagen werde.

Nun hat der Streit offenbar ein Ende gefunden. Doch einmal mehr ist Transparenz im Dunstkreis der OIG und der Schultz-Gruppe kein Thema. Über den Kaufpreis – und damit über den konkreten Umgang mit öffentlichem Geld – wird nämlich geschwiegen.

Wer das nicht einfach so hinnehmen will, ist wieder einmal Markus Sint: „Wenn die schwarz-rote Landesregierung, die Osttiroler Investment Gesellschaft und der Schultz-Konzern meinen, dass sie die Abschlagszahlung untereinander ausschnapsen und geheim halten können, dann haben sie sich geschnitten. Sie alle beweisen lediglich, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Doch wir werden es nicht zulassen, dass die Tiroler Bevölkerung über den Tisch gezogen und im Unklaren gelassen wird.“

# Kinderbetreuung einmal gratis, dann purer Luxus

Eine fixe Zusage seitens des Landes für Gemeinden sei nötig, so die Liste Fritz. Auch faire Bezahlung für Pädagogen sei Pflicht.

**In** Sachen Kinderbetreuung gibt es in den Tiroler Gemeinden große Unterschiede: Während diese in der einen Gemeinde kostenlos ist, fallen wenige Kilometer weiter wieder Gebühren an. Dieser „Tarifdschungel“ sei für die Liste Fritz und Parteichefin Andrea Haselwanner-Schneider kaum noch durchschaubar, wie sie gestern informierten.

Bereits bei den ganz Kleinen gibt es die ersten Ungereimtheiten: Während Kindergärten vormittags kostenlos sind, fallen am Nachmittag Zuschläge an, die obendrein unterschiedlich hoch seien. Ähnlich auch bei Kinderkrippen. „Die Tarife zu vereinheitlichen, ist richtig. Es kann nicht sein, dass die Kinderbetreuung einmal Luxus ist und einmal gratis“, so Haselwanner-Schneider.

## Ohne Finanzspritze werde Vermittlung schwierig

Geht es nach der Liste Fritz, warnen immer mehr Ortschefs, dass eine Anpassung Kosten verursache, die nicht stemmbar wären. Es brauche daher eine Finanzierungszusage seitens des Landes, sonst „wird es



Kinderbetreuung ist in Tirol gefragt und zum Teil sehr teuer

**Es braucht eine Finanzierungszusage des Landes. Sonst wird es nichts mit dem Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Platzes für Kinderbetreuung.**

Andrea Haselwanner-Schneider, Parteichefin Liste Fritz



Foto: Liste Fritz

nichts mit dem Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes“, lautet die Kritik der Oppositionspartei.

Ein zusätzlicher Faktor sei obendrein die Bezahlung

für Elementarpädagogen. Diese müssen fair bezahlt werden. Stand jetzt würden oft für 40 gearbeitete Stunden lediglich 36 bezahlt werden. „Einige Gemeinden haben reagiert und zumindest drei Jahre nachgezahlt“, so die Parteichefin, die weiter ausführt: „Viele Betroffene fallen um viele Jahre um, weil die Ansprüche verjährt sind.“

Tirols Gemeinden ringen bereits um die Vermittlung von Betreuungspersonal. Einige Kommunen bieten Verträge mit Ferienzeiten oder fünf Wochen Urlaub an, um Personal zu bekommen, um „Konkurrenten“ auszusteichen. M.O.

# Bis Ende April muss eine Entscheidung zum Schlachthof im Villgratental fallen

Der Masseverwalter ist nach monatelangem Gezerre mit seiner Geduld am Ende. Findet sich, wird der Bergfleisch-Schlachtbetrieb filetiert.

ANHÖREN

IN KÜRZE



Alles dreht sich ums Geld beim Ringen um einen möglichen Weiterbestand des Bergfleisch-Schlachthofes im Villgratental. [Wie mehrfach berichtet](#), lasteten Schulden in der Höhe von rund 1,5 Millionen Euro schwer auf den Schultern des blutjungen Unternehmens. Geschäftsführer Roman Kraller schickte die Gesellschaft am 23. Oktober des Vorjahres in den Konkurs. Und das [angeblich](#), ohne diesen Schritt mit den Gesellschaftern zu beraten. Es folgte eine öffentliche Auseinandersetzung. Kraller erlitt einen Zusammenbruch und war für die Investoren nicht mehr zu erreichen. Insolvenzverwalter und Rechtsanwalt Gerhard Seirer verteidigte den Konkursantrag des Geschäftsführers: „Hätte er das nicht getan, wäre er alleine mit seinem Privatvermögen voll zur Rechenschaft gezogen worden.“

## Negative Geschäftsentwicklung trotz vorbildhafter Buchführung

Seirer betonte, dass die vorgelegten Bücher der Gesellschaft „lückenlos und vorbildlichst“ geführt worden seien. Der Bau des Schlachthofes geriet jedoch teurer als veranschlagt. Die Zinsentwicklung der Kredite war ungünstig und das Geschäft lief nur schleppend an. Die ungeplanten Mehrausgaben hätte man wohl dringend für eine erfolgreiche Produktvermarktung benötigt. An der Qualität der „Villgrater Stückln“, wie man die Fleischwaren genannt hatte, hegte niemand Zweifel. „Wenn die Einnahmen zu gering sind und zugleich die Ausgaben laufend steigen, kann sich auch mit dem besten Produkt kein Geschäftserfolg einstellen“, lautete die Einschätzung Seirers: „Der Konkurs war unausweichlich.“

## Es droht die Verwertung der Villgrater Bergfleisch GmbH

Nach einem monatelangen Hin und Her zwischen der Raiffeisenbank Villgratental als Kreditgeberin, den Gläubigern und einer Gruppe von zum Teil schon bisherigen Gesellschaftern, die an einer Weiterführung des Unternehmens interessiert sein sollen, hat der Insolvenzverwalter nun eine Frist bis Ende April gesetzt. Findet sich bis dahin niemand, der die Konkursmasse übernimmt, wird der bestehende Betrieb filetiert: Der Raiffeisenbank, für die im Grundbuch ein Pfandrecht in der Höhe von 450.000 Euro für das Gebäude eingetragen ist, würde dieses zufallen.

Insolvenzverwalter Seirer bestätigt gegenüber der Kleinen Zeitung, dass mögliche Käufer Interesse an der Einrichtung und den Maschinen haben. „Wenn ein Fortbestand ernsthaft gewünscht wird, muss man jetzt in die Gänge kommen und endlich Nägel mit Köpfen machen. Im Interesse aller sollte sehr bald etwas geschehen.“ Nur zwei Wochen verbleiben also noch als letzte Galgenfrist. Dann könnte das Prestigeprojekt eines regionalen Schlachthofes Geschichte sein, und das nur zwei Jahre nach dem Start des Geschäftsbetriebs.

Auch ein Großhändler aus Kärnten soll kürzlich ernsthaftes Interesse am dezentralen Standort im Villgratental signalisiert haben. Der Schlachthof selbst entspreche genau den nötigen Anforderungen und sei grundsätzlich bestens für eine Übernahme geeignet, befand er. Lediglich Mängel bei der Verkehrsanbindung der Anlage haben den Interessenten dann umgestimmt. Der Schlachthof ist nämlich nicht mit Sattelzügen zu erreichen, was den Warentransport für den Großhändler aufwändig und damit unwirtschaftlich gemacht hätte.

## **Noch immer keine Auskünfte der möglichen Investoren**

Die möglichen Investoren aus der Region halten sich mit Auskünften immer noch zurück. Einige von ihnen dürften ihre ursprüngliche Stammeinlage in der Höhe von jeweils 3500 Euro bereits als verloren akzeptiert und sich abgewendet haben. Auch die Raiffeisenbank Villgratental war zu keiner Stellungnahme bereit und verwies auf den Masseverwalter. Klar dürfte sein, dass die Bank nicht mit weniger als dem grundbücherlichen Pfandrecht von 450.000 Euro zufriedengestellt werden kann. Auch über eine mögliche Verwertung des Gebäudes, sollte es zu keiner Geschäftsnachfolge kommen, wollte sich die Bankstelle im Villgratental gegenüber der Kleinen Zeitung nicht äußern.

Nicht nur die Investoren selbst beobachten die Entwicklung genau, sondern auch das gesamte Tal und die Landespolitik bis zum zuständigen Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler (ÖVP). Immerhin flossen 176.000 Euro an Steuergeld in das Vorhaben, wie eine Anfragebeantwortung Geislers an die Liste Fritz im Tiroler Landtag offenlegte. 35.000 Euro davon überwies die Gemeinde Außervillgraten als Bedarfszuweisung, weitere 75.000 Euro die Gemeinde Innervillgraten, ebenfalls als Bedarfszuweisung. Die reinen Investitionskosten für den Schlachthof, wie er derzeit dasteht, sollen bei rund einer Million Euro gelegen sein.

# Die Osttirol Invest erhält Geld für Schultz-Bergbahnen zurück

Die Osttirol Investment GmbH hat in einem gerichtlichen Vergleich eine Abschlagszahlung der Gruppe erwirkt. Ihre Beteiligung an den Kaiser Bergbahnen war umstritten.

ANHÖREN

IN KÜRZE



Fast drei Jahre dauerte die Auseinandersetzung vor Gericht zwischen der Osttirol Investment GmbH (OIG) und der HS-Beteiligungen GmbH des Zillertaler Schultz-Imperiums. Wie die Tiroler Tageszeitung berichtete, haben sich die Streitparteien nun auf eine Beilegung geeinigt. Wie viel Geld die Liftdynastie zahlen muss, darüber ist aber Stillschweigen vereinbart worden. Das will der Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag, Markus Sint, nicht hinnehmen: „Das ist ein Beispiel für absolute Intransparenz. Für mich ein No-Go.“

Im Verfahren ging es um eine OIG-Beteiligung in Höhe von sechs Millionen Euro an den Kaiser Bergbahnen der Schultz-Gruppe in Osttirol. Eigentlich sollte die Osttirol Investment GmbH, aus den Mauteinnahmen des Felbertauerntunnels gespeist, heimischen Wirtschaftsbetrieben günstige Kredite anbieten. In Kalsbrach die OIG mit ihren Vorgaben und beteiligte sich im Jahr 2008 direkt am Unternehmen. Im Gegenzug erhielt die OIG Anteile in der Höhe von 25,1 Prozent.

Zehn Jahre später, im Jahr 2018, stieß die OIG ihren Anteil wieder ab. Doch die Schultz-Gruppe verweigerte die Zahlung eines Abtretungspreises. Kritiker wie die Liste Fritz protestierten lautstark und äußerten den Verdacht auf versteckte Förderung. Ein Gutachten ermittelte für das Land Tirol zwei weitere Jahre später den Wert von knapp 5,7 Millionen Euro für den zurückgegebenen Viertelanteil. Es sollte noch bis Mitte des Jahres 2022 dauern, bis sich der Aufsichtsrat der Osttirol Investment GmbH zur Klage gegen die ehemaligen Geschäftspartner durchrang.

## **Die Liste Fritz verlangt die Veröffentlichung der Abschlagszahlung**

Markus Sint unterstreicht, dass die Liste Fritz in sieben Jahren insgesamt neun Landtagsanfragen an die zuständigen Wirtschaftslandesräte und den Landeshauptmann stellte. Das Land Tirol hält nämlich ein Viertel an der Osttirol Invest. „Ohne mein hartnäckiges Nachfragen wäre diese 6-Millionen-Euro-Steuergeld-Beteiligung für die Kaiser Bergbahnen des Schultz-Konzerns wohl gar nie thematisiert worden“, mutmaßt der Klubobmann. [Das Onlinemagazin Dolomitenstadt führt dagegen an, dass der Villgrater Unternehmer und ehemalige „Impuls Tirol“-Landtagsabgeordnete Josef Schett die Angelegenheit erstmals im Dezember 2015 aufgedeckt hat.](#)

Sint will das Schweigen jedenfalls nicht akzeptieren: „Wenn die schwarz-rote Landesregierung, die Osttiroler Investment Gesellschaft und der Schultz-Konzern meinen, dass sie die Abschlagszahlung untereinander ausschnapsen und geheim halten können, dann haben sie sich geschnitten. Wir werden es nicht zulassen, dass die Tiroler Bevölkerung über den Tisch gezogen und im Unklaren gelassen wird. Dafür haben wir uns nicht um Aufklärung und um saubere Rückzahlung der gewährten Steuergeld-Millionen bemüht.“

## Sint: „Ich werde um Auskunft ersuchen“

Die Liste Fritz will die im gerichtlichen Vergleich vereinbarte Summe mit allen Mitteln in Erfahrung bringen. Nächste Woche sind im Beteiligungs-Unterausschuss des Tiroler Landtages die neuen Vorstände der Felbertauernstraßen AG, Elisabeth Kreuzer und Michael Köll, die gleichzeitig Geschäftsführer der Osttirol Invest sind, eingeladen. „Da werde ich sie selbstverständlich um Auskunft ersuchen“, kündigt der Klubobmann an.



Markus Sint will die Bekanntgabe der Höhe der Vergleichszahlung mit allen Mitteln durchsetzen  
© André Schmidt

Im Mai-Landtag legt Sint mit einer schriftlichen Landtagsanfrage an Landesrat Mario Gerber und Landeshauptmann Anton Mattle (beide ÖVP) nach. „Bei unzureichender Beantwortung wird es eine Besprechung der Anfragebeantwortung im Landtag geben.“ Verweigere man bis hierher die Aussage, dann plant der Liste-Fritz-Abgeordnete eine Anfrage nach dem Tiroler Auskunftspflichtgesetz zu starten. „Ich war diesbezüglich schon einmal gegen die Tiroler Landesregierung erfolgreich und bin mit einem Aufklärungsanliegen bis vor das Landesverwaltungsgericht gezogen.“ Und als schärfstes Mittel könnte eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofes eingeleitet werden, glaubt Sint und ist optimistisch: „Was aber nicht mehr nötig sein dürfte.“

## **Sint: „Die vollen 5,7 Millionen müssen Tourismusprojekten in Osttirol zugutekommen“**

Der Klubobmann besteht auf der Zahlung von jenen 5,7 Millionen Euro, die das Gutachten ausgewiesen hat und „die die Steuerzahler und die OIG zu bekommen haben“. Dieses Geld würde letztlich wieder Tourismusprojekten in Osttirol zufließen. Sint erneuert seine Vermutung, dass „der Schultz-Konzern diese Summe von Anfang an nicht zahlen“ habe wollen. „Nur deswegen prozessieren OIG und Schultz-Konzern schon bald drei Jahre.“ Die jetzt an den Tag gelegte Intransparenz und Geheimhaltung lege nahe, dass sich der Schultz-Konzern gegenüber der OIG und der Landesregierung durchgesetzt haben könnte, vermutet der Klubobmann und ätzt: „Während im Zillertal die Sektkorken knallen, haben die Tiroler Steuerzahler und die Osttiroler Betriebe den Schaden. Die ausgehandelte Abschlagszahlung ist selbstverständlich öffentlich bekannt zu geben.“

Die Schultz-Gruppe bestätigt gegenüber der Kleinen Zeitung, „dass es einen gerichtlichen Vergleich gibt, der für beide Parteien Stillschweigen voraussetzt.“ Das Land Tirol verwies für eine Stellungnahme an Noch-Felbertauern-Vorstand Karl Popeller, der bis Redaktionsschluss jedoch nicht erreichbar war.

# „Stiefkind Außerfernbahn“

Liste Fritz fordert Verbesserungen bei der Bahn

(jp) Bei der Bezirkstour der Liste Fritz in Reutte kritisieren Klubobmann Markus Sint und Bezirksoobmann Josef Lutz den unzureichenden Zustand der Außerfernbahn. Trotz jährlicher Millionenzahlungen an die DB sei bis 2027 keine echte Verbesserung in Sicht.

Die Außerfernbahn zwischen Reutte und Innsbruck steht seit Jahren in der Kritik – wegen häufiger Ausfälle, mangelnder Pünktlichkeit und unzureichender Koordination. Beim Pressegespräch machten Liste Fritz Klubobmann Markus Sint und Bezirksoobmann Josef Lutz deutlich: So wie derzeit kann es nicht weitergehen mit der Bahn. Während für das umstrittene Fernpasspaket Millionen ausgegeben werden, sei die Schienenanbindung des Bezirks ein „verkehrs-politisches Stiefkind“. Die Kritik richtet sich sowohl an die Deutsche Bahn als Betreiber als auch an die Tiroler Landesregierung.

**STILLSTAND TROTZ MILLIONENZAHLUNG.** Markus Sint bezeichnete die Lage der Außerfernbahn als unhaltbar. Zwischen Jänner und September 2024 seien rund 70.000 Zugkilometer ausgefallen – etwa 20 Prozent der gesamten Fahrleistung. Die Ursachen liegen laut Auskunft des Landes je zur Hälfte bei Personalausfällen (Lokführer und Zugbegleiter) und technischen bzw. infrastrukturellen Problemen. Dennoch fließen jährlich 3,3 Millionen Euro Steuergeld in den Betrieb: 2,5 Millionen an DB Regio und 800.000 Euro an die ÖBB. „Das ist ein Missstand. Es ist mir egal, ob das eine Nebenbahn ist – wenn Geld fließt, muss das Angebot auch verlässlich sein“, so Sint. Besonders ärgerlich: Es gibt derzeit keine vertraglich geregelten Strafzahlungen für Zugausfälle. Lediglich nicht erbrachte Kilometerleistungen werden vergütet – ein schwacher Trost für Pendler und Touristen, so Sint.

**NEUE HOFFNUNG MIT NEUEM VERTRAG.** Erst ab 2027 ist Besserung in Sicht – zumindest laut Landesrat René Zumtobel (SPÖ). Dann soll ein neuer Verkehrsvertrag in Kraft treten, der erstmals verbindliche Qualitätskriterien wie Pünktlichkeit, Sauberkeit und modernes Zugmaterial vorsieht. Vorgesehen ist ein Bonus-Malus-System: Bei Nichteinhaltung drohen Sanktionen, bei guter Leistung finanzielle Anreize. Doch Sint zeigt sich skeptisch: „Es darf nicht sein, dass wir bis 2027 zuschauen müssen, wie das System vor sich hinbröckelt. Wenn man auf der Straße Maut erhebt und ausbaut, muss man auch die Schiene attraktiveren – für Einheimische wie



Markus Sint (l.) und Josef Lutz setzen sich für eine bessere Außerfernbahn ein. RS-Foto: Pirchner

Touristen.“ 91 Prozent der Gäste reisen derzeit mit dem Auto nach Tirol – die Bahn könne diesen Wert nur ändern, wenn sie verlässlich und komfortabel wird.

**ALLTAGSTAUGLICHKEIT VERBESSERN.** Bezirksoobmann Josef Lutz berichtete von den praktischen Problemen im Alltag: Zugausfälle in Garmisch, fehlende Koordination beim Umstieg, unzuverlässiger Schienenersatzverkehr. „Busfahrer kennen oft die Strecke nicht – Fahrgäste müssen den Weg erklären. Das ist ein Armutszeugnis“, so Lutz. Die Züge brauchen weiters für Attraktivität grenzüberschreitendes WLAN, gerade für Schüler und Studenten. Auch beim Thema Infrastruktur sieht Lutz Nachholbedarf.

**KRITIK.** Abseits der Bahn kritisiert Markus Sint auch das Fernpasspaket als „falsches Millionenprojekt“ – der geplante Scheiteltunnel sei teuer, belastend und ungerecht: „Ein Bezirk wird bemauert, andere Tourismusregionen nicht.“ Die geplante Deponie in Reutte hält die Liste Fritz für klagewürdig – Reutte handle richtig. Bezirksoobmann Lutz wies auf die verschärfende Parkplatzsituation im Bezirkshauptort hin: Wenn Menschen aus dem Tannheimertal und vom Lechtal den Zug ab Reutte nehmen wollen, braucht es auch ausreichend Parkplätze. Der Wegfall von diesen verschärft aus der Sicht der Liste Fritz den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zusätzlich – dabei sei genau dieser dringend notwendig.

# Liste Fritz geißelt Kinderbetreuung „light“

Die Liste Fritz nimmt die schwarz-rote Landesregierung bezüglich des Rechtsanspruchs auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes ab dem zweiten Lebensjahr ins Visier. Es sei bisher „zu wenig passiert“, der Rechtsanspruch zu einer „Light Variante“ mutiert, kritisierte Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) am Mittwoch.

Online seit heute, 14.53 Uhr

Teilen

Zudem würde es für manche Familien wohl teurer werden und Gemeinden Unterstützung durch das Land vermissen. Insgesamt habe die Koalition aus ÖVP und SPÖ in den ersten zweieinhalb Regierungsjahren „keinen Meter auf den Boden gebracht“, so Haselwanter-Schneider am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Innsbruck.

## Weder Pilotregion noch Flächendeckung

Bei der angekündigten, stufenweisen Einführung sei bisher „weder Stufe eins“, also die avisierten Pilotregionen, geschweige denn Stufe zwei, die flächendeckende Einführung, erreicht worden.

Auch die Unterstützung der Gemeinden habe Schwarz-Rot vernachlässigt. Die Landtagsabgeordnete verwies darauf, dass die Regierung inzwischen nur noch von einem „Rechtsanspruch auf Vermittlung“ und nicht von einem „Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung“ spreche. Keines von beiden sei jedenfalls umgesetzt.

## Liste Fritz sieht „undurchblickbaren Tarif-Dschungel“

Ein zweites Problem würde der „undurchblickbare Tarif-Dschungel“ bei der Kinderbetreuung darstellen. Man unterstütze zwar die Ankündigung des Landes, „die Beiträge zu harmonisieren“. Es könne schließlich nicht sein, dass man in bestimmten Gemeinden „Null für Kinderbetreuung“ zahle und in anderen zum Teil „bis zu 1.300 Euro im Monat“ für die Betreuung von drei Kindern. Es werde aber durch diese Harmonisierung für manche Familien teurer werden, meinte Haselwanter-Schneider. „Es wird Verliererinnen und Verlierer geben – manche Eltern werden dann mehr bezahlen müssen.“

Außerdem müsste bei den harmonisierten Tarifen eine „soziale Staffelung“ mitgedacht werden. Ein weiteres Versäumnis der Regierung stelle die mangelnde Unterstützung der Gemeinden dar. „Aus den Gemeinden wird große Skepsis gemeldet“, gab die Liste Fritz-Chefin an. Wenn das Land einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sowie eine Harmonisierung der Beiträge haben wolle, müsse es den Gemeinden auch dementsprechend „finanziell unter die Arme greifen“.

## **Zwei Gehaltssysteme: Fünf oder zwölf Wochen Urlaub**

Das vierte identifizierte Problemfeld seien die beiden Kategorien, die es bei Kinderpädagoginnen gebe. „Es gibt ein altes und ein neues Gehaltssystem. Das eine sieht fünf Wochen, das andere zwölf Wochen Urlaub vor“, erklärte Haselwanter-Schneider. Hier werde es auch zu Herausforderungen kommen.

Außerdem würden Gemeinden bei der Suche nach Elementarpädagoginnen untereinander in Konkurrenz stehen und deshalb „vorteilhafte Verträge“, z. B. mit bis zu zwölf Wochen Urlaub, anbieten. „Gemeinden überbieten sich gegenseitig“, problematisierte die Liste Fritz-Chefin.

Haselwanter-Schneider forderte, dass Elementarpädagoginnen „gescheit bezahlt“ werden, Gemeinden punktuell „fusionieren“ bzw. „einen Bonus“ im Falle einer Zusammenarbeit bekommen sollten. Zudem müssten auch vom Bund neue Ausbildungsschienen, etwa am „zweiten Bildungsweg“, angedacht werden.

## **ÖVP wirft Liste Fritz „Schlechtreden“ vor**

Eine Reaktion auf die Liste Fritz-Kritik kam unterdessen von der ÖVP. Familiensprecher Landtagsabgeordneter Florian Riedl warf der Oppositionspartei „Schlechtreden“ vor. Wer sich gegen ein „zukunftsorientiertes System“ stelle, stehe für ein „rückwärtsgewandtes, frauenfeindliches Familienbild“, attackierte der Schwarze die Liste Fritz.

# Hotelprojekt Going: Ablehnende Reaktionen

Ein Nein zum geplanten Hotel in Going auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche kommt von der Tiroler Landwirtschaftskammer und von den Tiroler Grünen wie auch von der Liste Fritz. Kammer-Präsident Josef Hechenberger kritisiert, ständig werde versucht, diese Flächen zu beschneiden.

18. April 2025, 8.09 Uhr (Update: 18. April 2025, 12.09 Uhr)



Hechenberger fordert für landwirtschaftliche Vorsorgeflächen den gleichen Schutz in Tirol wie für Naturschutzflächen. „Wäre das eine Naturschutzfläche, würden wir gar nicht diskutieren“, so Hechenberger. Man wolle den gleichen Schutz, „um unseren Job auch zukünftig ausüben zu können“.



Derselben Meinung ist auch der Obmann der Landwirtschaftskammer Kitzbühel, Josef Fuchs. Es sei die Frage, ob es den Ausbau des Tourismus in der Gegend überhaupt brauche, oder ob man sich zum Bodenschutz bekenne.

## Mair: Kein touristisches Notstandsgebiet

Ähnlich argumentiert auch der Klubobmann der Grünen, Gebi Mair, in einer Aussendung am Freitag. Rund um den Wilden Kaiser sei eigentlich kein touristisches Notstandsgebiet, so dass man jede Chance auf eine touristische Infrastruktur nützen müsse. Er erwarte sich von Raumordnungslandesrat Josef Geisler (ÖVP), dass er den Plänen eine eindeutige Absage erteile, so Mair.

## Liste Fritz: Überdimensioniert und nicht notwendig

Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint und Bezirkssprecher Sepp Niedermoser bezeichnen das geplante Projekt als „überdimensioniert und nicht notwendig“. Noch dazu sei diese grüne Wiese als hochwertige landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen und unter Schutz gestellt.

Das Überleben der Astbergbahn als Begründung für das Projekt hält man bei der Liste Fritz für „weit hergeholt und eigentlich skurril“. Laut Sint gibt es in Going genügend Gästebetten, ein solches Großhotel nehme vor allem den bestehenden Tourismusbetrieben ihre Gäste und Mitarbeiter weg.

## **FPÖ kritisiert fehlende Tourismusstrategie**

Der FPÖ-Landtagsabgeordnete und Bezirksparteiobmann von Kitzbühel Alexander Gamper vermisst generell eine Tourismusstrategie in der Region. Hier sei nicht nur der für Raumordnung zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler gefragt, sondern auch Tourismuslandesrat Mario Gerber.

## **NEOS verweist auf leerstehende Hotels**

Die Klubobfrau der NEOS, Birgit Obermüller, fordert andere Lösungen. Solange es in Tirol möglich und günstiger sei, auf die grüne Wiese zu bauen, als bestehende leerstehende Hotels zu übernehmen, habe der Tourismus grundsätzlich ein Nachhaltigkeitsproblem. In Tirol gebe es etwa 30 Hotels, die leer stünden, weil die Eigentümer keine Nachfolger haben. Vielleicht sollte man an dieser Schraube drehen, bevor eine grüne Wiese wieder zubetoniert wird.

## **Geisler verweist auf die Gemeinde**

Vom zuständigen Landesrat Josef Geisler hieß es in einer schriftlichen Stellungnahme, das Planungsermessen für Vorhaben dieser Art obliege grundsätzlich der Gemeinde. Bei Bedarf stünden die Fachabteilungen des Landes beratend zur Verfügung. "Zum jetzigen Zeitpunkt liegt der Aufsichtsbehörde noch kein Gemeinderatsbeschluss oder eine endgültige Planung vor. Sobald diese vorliegen, wird, wie gesetzlich vorgesehen, die Untergruppe des Raumordnungsbeirates in den Entscheidungsprozess eingebunden, um das Projekt zu beurteilen."

## **Mattle: Diskussion muss möglich sein**

Von Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) hieß es in einer ersten Reaktion, man müsse über landwirtschaftliche Vorsorgeflächen diskutieren dürfen. Der Tourismus dürfe nicht unter eine Käseglocke gestellt werden. In Tirol habe man im Rahmen der Raumordnungskonzepte sehr viele Flächen als landwirtschaftliche Vorrangflächen ausgewiesen. Wenn sich ein öffentlicher Mehrwert ergebe, müsse darüber diskutiert werden dürfen, ob man diese Flächen auch gewerblich nutze, so Mattle.



Wer schaut auf die Kinder und was darf es kosten? – Das Pilotprojekt der Landesregierung ist für die Opposition „Kinderbetreuung light“. von thack

# Liste Fritz ortet Mogelpackung für Familien

Für die schwarz-rote Landesregierung sind die geplanten Pilotregionen für Kinderbetreuung samt Harmonisierung der Elternbeiträge fix. Schwere Zweifel an der Umsetzung hat die Liste Fritz.

**Innsbruck** – Aus Sicht der schwarz-roten Landesregierung soll es eine Art Pionierprojekt für ganz Österreich werden. Sechs Regionen sollen ab Herbst das vorleben, was tirolweit mit Start des Kindergartenjahres 2026/27 aufs ganze Land ausgerollt werden soll: ein flächendeckendes Angebot an ganzjähr-

passieren, dass es für Eltern plötzlich teuer wird“, sagt Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider bei einer Pressekonferenz in Innsbruck. Ähnlich verhält es sich mit Kinderkrippen, die mehrheitlich sogar teurer sind als Kindergärten, so die Kritik der Liste Fritz. Es brauche dringend eine soziale Staffelung der Tarife.

## Finanzierung sicherstellen

Die Gemeinden bei ihrem Versorgungsauftrag verstärkt in die Pflicht zu nehmen, sei richtig, angesichts „klammer Kassen und Sparzwang“ brauche es aber dringend eine fixe Finanzierungszusage seitens des Landes für die BürgermeisterInnen. Man müsse Gemeinden zudem fusionieren, wenn es um Kinderbetreuung geht. Zu wenig angegangen werde auch der akute Mangel an ElementarpädagogInnen: „Werbekampagnen alleine werden es nicht richten“, sagt die Landtagsabgeordnete.

Ähnlich wie bei der Pflege gebe es auch hier Probleme wegen neuer und alter Gehaltssysteme: „Da gibt es Verträge mit fünf Wochen, andere mit zwölf. Das führt dazu, dass Gemeinden untereinander in Konkurrenz stehen, wenn es um Personal geht“, so Haselwanter-Schneider. Insgesamt ortet die Oppositionspartei keine echten Fortschritte: „Das Angebot an Kinderbetreuung entspricht nicht der Lebensrealität von Tiroler Familien“, so Haselwanter-Schneider.

Ein „Schlechttreden eines zukunftsorientierten Systems“ ortet indes ÖVP-Familiensprecher Florian Riedl in der Attacke der Oppositionspartei. (lfp)



„Ohne Finanzierungszusage vom Land für die Gemeinden werden viele Eltern die Verlierer sein.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Obfrau Liste Fritz)

riger und ganztägiger Kinderbetreuung ab dem zweiten Geburtstag. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden umgesetzt werden. Zu diesem Plan gehört auch eine Harmonisierung der Eltern- und Gemeindebeiträge. Für Familien soll es künftig finanziell möglichst keine Rolle spielen, ob ein Kind einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder einen Hort besucht.

Und genau hier spielt es sich für die Liste Fritz: „Aktuell ist das ein kaum durchschaubarer Tarifdschungel. Wie teuer ein Platz ist, hängt davon ab, in welcher Gemeinde man wohnt. Dort, wo es bis dato gratis war, könnte es durch die Harmonisierung

# Land gibt Garantie für alle Spitäler ab

Trotz Sparmaßnahmen will das Land keine Debatte über Spitals-Standorte aufkommen lassen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – 1,2 Milliarden Euro investiert das Land Tirol heuer in das Gesundheitswesen. Ein Kostenfaktor ist der stationäre Bereich mit den drei Landeskrankenhäusern Innsbruck, Hall, Hochzirl/Natters sowie den Bezirksspitalern Reutte, Zams, Schwaz, St. Johann, Kufstein und Lienz. Aufgrund der Sparmaßnahmen im Land werden Kürzungen befürchtet. Bei den Tirol Kliniken heuer 14 und 2026 rund 40 Millionen Euro.

Was die Bezirkskrankenhäuser betrifft, sind die Gemeinden finanziell ebenfalls am Limit. Doch gerade dort gibt es einen großen Rückstau in der Spitalsinfrastruktur. Der Investitionsbedarf wird mit einer Milliarde Euro beziffert. Darin enthalten sind notwendige Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen, aber auch zusätzliche und neue Wünsche der peripheren Spitäler, um ihr Angebot weiterzuentwickeln.

## Strukturplan wird diskutiert

Finanziell sind die Herausforderungen enorm. Trotzdem: Alle Tiroler allgemeinen öffentlichen Krankenhäuser werden bestehen bleiben. Dieses Bekenntnis verlautet die schwarz-rote Landesregierung auf Anfrage der *TT*. Über die Weiterentwicklung des Angebots vor Ort und die Ausstattung mit speziellen Behandlungen wird aktuell allerdings im „Regionalen Strukturplan Gesundheit“ beraten. Zudem gibt es laufend Gespräche zwischen den Krankenhausverbänden und

dem Land Tirol, wie die Investitionen finanziell verträglich und im Sinne der Patienten getätigt werden können.

## Land trägt 50% der Abgänge

Die Landesregierung will angesichts der leeren Kassen trotzdem keine Diskussion über die Gesundheitsversorgung in den Regionen und über die Bezirkskrankenhäuser aufkommen lassen. Zuletzt hat das Land die Unterstützung erhöht. Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) verhandelte eine Novelle des Tiroler Krankenanstaltsgesetzes und die „anteilige Betriebsabgangsdeckung“ aus. Seit 2024 gewährt das Land Tirol den Trägern der Bezirkskrankenhäuser Reutte, Lienz, St. Johann und Kufstein eine „Betriebsabgangsdeckung“ im Ausmaß von 50 Prozent. In Schwaz

sind die Tirol Kliniken bereits mit 50 Prozent beteiligt, in Zams übernimmt das Land Tirol schon jetzt einen Großteil des Abgangs.

Neben Investitionen nimmt das Land die Spitäler aber genau unter die Lupe, um Sparpotenziale zu definieren. Die Erhöhung der Abgänge im Jahr 2023 auf 98,6 Millionen Euro – davon 84 Millionen bei den Landeskrankenhäusern – resultiert bei den Tirol Kliniken vor allem aus dem Anstieg bei den Personalaufwendungen (+40,2 Mio. Euro) und den Aufwendungen für medizinische Verbrauchsgüter wie Medikamente (+17,7 Mio. Euro.). Darüber hinaus haben sich die Ausgaben u. a. für die Informationstechnologie und medizinische Fremdleistungen erhöht. Die Erträge stiegen hingegen nicht im gleichen Ausmaß.



Der Investitionsbedarf in den sechs Bezirkskrankenhäusern – auch in Schwaz – ist enorm.

Foto: Thomas Böhm

## Reaktionen auf Versorgungskürzung

### Andrea Haselwanter-Schneider

**(Liste Fritz):** Seit Monaten würden in den Häusern der Tirol Kliniken Operationen verschoben, seit Monaten seien Betten gespart, kritisiert die Parteichefin der Liste Fritz. „Woche für Woche jagt eine schlechte Nachricht die nächste, doch ÖVP-Landeshauptmann Anton Mattl und ÖVP-Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele scheint das nicht zu beunruhigen.“ Zudem benötige es endlich eine umfassende Strategie, wie Tirols Krankenhäuser

zum Wohle der Patienten besser miteinander abgestimmt werden können. „Nicht jedes Spital kann alles anbieten. Es braucht eine klare Strategie, wo welche Leistungen erbracht werden und



Haselwanter-Schneider fordert Spitalsholding.

Foto: Daniel Liebt

wie die Spitäler besser mit dem niedergelassenen Bereich kooperieren können.“ Eine Spitals-Holding wäre ein Schritt in diese Richtung.

### Patrick Haslwanter (FPÖ):

Für den freihetlichen Gesundheits-sprecher gefährden die Sparpläne der Tiroler Landesregierung die medizinische Versorgung. „Die aktuelle Einschränkung des Betriebs der urologischen Notfall-Ambulanz ist nur die Spitze des Eisbergs.“

# Reaktionen auf Versorgungskürzung

**Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz):** Seit Monaten würden in den Häusern der Tirol Kliniken Operationen verschoben, seit Monaten seien Betten gesperrt, kritisiert die Parteichefin der Liste Fritz. „Woche für Woche jagt eine schlechte Nachricht die nächste, doch ÖVP-Landeshauptmann Anton Mattle und ÖVP-Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele scheint das nicht zu beunruhigen.“ Zudem benötige es endlich eine umfassende Strategie, wie Tirols Krankenhäuser

zum Wohle der Patienten besser miteinander abgestimmt werden können. „Nicht jedes Spital kann alles anbieten. Es braucht eine klare Strategie, wo welche Leistungen erbracht werden und



**Haselwanter-Schneider fordert Spitalsholding.**

Foto: Daniel Liebl

wie die Spitäler besser mit dem niedergelassenen Bereich kooperieren können.“ Eine Spitals-Holding wäre ein Schritt in diese Richtung.

**Patrick Haslwanter (FPÖ):** Für den freiheitlichen Gesundheitsprecher gefährden die Sparpläne der Tiroler Landesregierung die medizinische Versorgung. „Die aktuelle Einschränkung des Betriebs der urologischen Notfallambulanz ist nur die Spitze des Eisbergs.“

# Spitalsholding soll zumindest geprüft werden

Bürgermeister sind skeptisch, Gemeindepräsident Karl-Josef Schubert ist hingegen pragmatisch, was eine landesweite Spitalsholding in Tirol betrifft.

**Innsbruck** – Geht es um die Finanzierung der Tiroler Spitäler oder um die Abgänge, kommt politisch immer wieder eine landesweite Spitalsholding ins Spiel. Zuletzt wurde das Bezirkskrankenhaus Hall 2011 mit den Tirol Kliniken fusioniert. Innsbruck, Hall und Hochzirl/Natters werden unter einem Dach geführt, die Abgänge und Investitionen zahlt das Land.

Die Spitäler St. Johann, Kufstein, Reutte und Lienz unterstehen den Bezirkskrankenhausverbänden, seit dem Vorjahr finanziert das Land 50 Prozent der Betriebsabgänge. In Schwaz sind die Tirol Kliniken mit 50 Prozent an der Betreibergesellschaft beteiligt, das Krankenhaus Zams gehört den Barmherzigen Schwestern. Auf Grundlage eines langfristigen Vertrags übernimmt jedoch das Land fast ausschließlich das Defizit des Zammer Spitals.

2023 verzeichneten die Bezirkskrankenhäuser ein Minus von 14,5 Mio. Euro, die Landeskrankenhäuser eines von 84 Mio. Euro. In den nächsten zehn Jahren muss rund eine Milliarde Euro in die Infrastruktur der peripheren Spitäler investiert werden. Angesichts der jetzt wieder aufgeflamten Diskussionen über die Spitalskosten spricht sich die Parteiobfrau der Liste Fritz, Andrea Haselwanter-Schneider, für eine Spitalsholding aus. Auch unter den Bürgermeistern ist das in regelmäßigen Abständen ein Thema.

„Nicht jedes Spital kann alles anbieten. Es braucht eine klare Strategie, wo welche Leistungen erbracht werden und wie die Spitäler besser mit dem niedergelassenen Bereich kooperieren können. Eine Spitalsholding wäre ein Schritt in diese Richtung“, argumentiert Haselwanter-Schneider. Damit trifft sie jedoch einen wunden

Punkt bei den Verbandsbürgermeistern in den Regionen. „Sie stehen einer Holding wie in anderen Bundesländern skeptisch gegenüber, weil sie Einschnitte beim Angebot für die Patientenversorgung fürchten“, betont Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert. Bestes Beispiel sei der Wunsch nach Herzkatheteruntersuchungen im St. Johanner Spital, wo gebremst wird. Eine Kommission aus Vertretern von Bund, Land und Sozialversicherung prüft derzeit, ob der Großgeräteplan im Österreichischen Strukturplan Gesundheit angepasst werden soll.



Foto: Axel Springer

„Schlussendlich geht es um die Frage, ob die Gemeinden finanziell und organisatorisch besser aussteigen.“

Karl-Josef Schubert  
(Gemeindeverbandspräsident)

Schubert sieht die Sache aus betriebswirtschaftlicher Sicht pragmatisch. „Ich habe nichts dagegen, wenn die Frage einer Holding geprüft wird. Schlussendlich geht es darum, was am Ende besser ist.“ Wenn eine Landeskrankenhausgesellschaft effizienter, betriebswirtschaftlich und organisatorisch sinnvoller sei und die Gemeinden dadurch finanziell entlasten werden können, „ergibt es durchaus Sinn“. Diese Parameter müssten allerdings erfüllt sein, ansonsten sollte die bestehende Eigentümerstruktur beibehalten werden. (pn)

# Silz lehnt geforderten Lärmschutz ab

ÖBB und Land haben ein Projekt für die Anrainer ausgearbeitet. Doch der Gemeinderat Silz stimmte 9:6 gegen das Vorhaben.

**Silz** – Gut 180 Züge donnern täglich teilweise mit 160 km/h mitten durch die Gemeinde Silz. Seit 1988 fordern Anrainer einen entsprechenden Lärmschutz. Die Lärmmessungen der ÖBB ergaben eine Überschreitung der Grenzwerte um 15 Dezibel. Land Tirol und ÖBB haben deshalb ein Lärmschutzprojekt ausgearbeitet. Und dennoch bleibt es dabei: Der Gemeinderat entschied sich am Freitag in geheimer Abstimmung mit 9:6 Stimmen dagegen.

„Die Abstimmung verlief sehr ruhig“, sagt Bürgermeister Helmut Dablander. Es gebe eben viele Befürworter und Gegner des Projekts. Er selbst gibt an, dass der Bahndamm selbst schon 1,5 Meter hoch sei, darüber würde noch eine 2,5 Meter hohe Betonwand kommen. Es war nicht das erste Mal, dass sich der Silzer Gemeinderat gegen den Lärmschutz aussprach.

Das Projekt sei „schlach“, heißt es von den einen, andere befürchten eine Teilung des Dorfes durch die Wand. Was Anrainer-Sprecher Stefan Gufler nicht gelten lässt: „Es ist nicht die Wand, die das Dorf teilen würde, sondern die vorhandene Bahnstrecke.“ Wieder andere werfen den Befürwortern vor, einst „günstige Baugrundstücke an der Bahn“ erstanden zu

haben. Und dann gibt es die Befürchtung, dass die erste Reihe entlastet, der Lärm aber in den hinteren Reihen umso größer werden könnte – auch wenn das von den ÖBB in Abrede gestellt wird.

## Anrainer enttäuscht

Als „absurd“, „erschreckend“ und „erschütternd“ bezeichnet Stefan Gufler die negative Abstimmung im Silzer Gemeinderat. „Die Gemeinde hat doch eine Fürsorgepflicht“, sagt der Sprecher der Anrainer. „Schade“, erklärt Vizebürgermeister Peter Föger, der sich für das Projekt aussprach. Als erledigt sieht er den Lärmschutz aber nicht an: „Früher oder später wird die Gemeinde ihn machen müssen. Die Frage ist nur, ob dann die ÖBB und das Land noch so dahinterstehen.“

„Ein Drama“, kommentiert Markus Sint von der Liste Fritz, der sich seit Jahren für die Anliegen der lärmgeplagten Anrainer einsetzt. Jahrelang hätten Gutachten die Notwendigkeit des Lärmschutzes unterstrichen. „Es gab kein Argument der Gegner, das gehalten hat.“ Auch SP-Bundesrat Daniel Schmid bedauert die Entscheidung.

Bei den ÖBB wird der Beschluss des Silzer Gemeinderates erstaunt zur Kenntnis genommen. (pascal)



Die Liste Fritz setzt sich seit Jahren für die Betroffenen ein. „Gesundheit hat oberste Priorität“, meint Anrainer-Sprecher Stefan Gufler. Foto: Dorn



Die Abtretung einer millionenschweren Kaiser Bergbahn-Beteiligung zum Nulltarif an die Schultz Gruppe hatte für heftige Kritik gesorgt. Foto: T. Oberbauer

# Geheimer Deal um Kaiser Lifte

Im Streit um Kaiser Lift-Anteile zahlt die Schultz Gruppe nun einen Millionenbetrag. Wie viel? Geheim.

**Kals** – Im jahrelangen Streit um die Abtretung von Bergbahn-Anteilen der öffentlichen Hand an die Schultz Gruppe gibt es nun offenbar eine Einigung. 2008 hatte sich die Osttirol Invest (OIG) – sie gehört der Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft sowie dem Land Tirol – mit knapp 6 Millionen Euro an den Kaiser Liften in Osttirol beteiligt. 2018, also zehn Jahre später, trat die OIG ihren 25-prozentigen Lift-Anteil an die Schultz Gruppe ab, ohne dass im Gegenzug Geld fließen musste. Nach öffentlichem Druck zog die OIG vor knapp drei Jahren vor Gericht, um die Gelder für den Lift-Anteil – nun waren es 5,7 Millionen Euro – von der Schultz Gruppe einzufordern.

Diese Klage wurde nun offenbar außergerichtlich erledigt. Schultz muss demnach jetzt einen Millionenbetrag zurückzahlen, erfuhr die *TT*. Über die Höhe herrscht jedoch Stillschweigen, das gerichtlich vereinbart wurde. Dem Vernehmen nach soll der Betrag aber unter den eingeklagten 5,7 Mio. Euro liegen. Im Vorfeld des Gerichtsstreits hatte

ein Gutachten zwei mögliche Preise hervorgebracht, die Schultz für den OIG-Anteil zahlen sollte: 2,5 Millionen bzw. 5,7 Millionen Euro.

Die Causa sorgte vom Start weg für Unmut. Schon beim Einstieg der OIG in die Kaiser Lifte 2008 wurden intransparente Geldflüsse kritisiert, bei der Opposition kam der Verdacht auf, die Millionenbeteiligung könnte als „verlorener Zuschuss“ zugunsten der Schultz Gruppe angelegt sein. Im Lauf der Jahre schrieb die OIG die Beteiligung auf null ab, was den Verdacht nährte. Tatsächlich klassifizierte die Tourismusabteilung im Land im Jahr 2015 die OIG-Investition als verlorenen Zuschuss für die Bergbahnen.

2018 legten *TT*-Recherchen offen, dass bereits beim Einstieg der OIG die Ausstiegsbedingungen vereinbart wurden. Unterlagen legten nahe, dass Schultz die OIG-Anteile offenbar nicht zum tatsächlichen Verkehrswert erhalten sollte. Zuletzt hatte die Liste Fritz die Gratis-Abtretung der Lift-Anteile an die Schultz-Gruppe kritisiert. (*pn, mas*)

# Großhotel auf der grünen Wiese

In Going planen die Bergbahnen ein Hotel mit 288 Betten, Swimmingpool und Restaurant. Der Gemeinderat entscheidet, ob eine Volksbefragung eingeleitet wird.

Von Michael Mader

**Going a. W. K.** – Den Eingriff in landwirtschaftliche Vorsorgeflächen kennt man ja schon aus der Gemeinde St. Johann mit dem geplanten und umstrittenen Gewerbegebiet „Unterbürg“. Nicht schon wieder, sagt deshalb die Liste Fritz und stellt eine schriftliche Anfrage an Landeshauptmann Anton Mattl und weitere Regierungsmitglieder bezüglich eines geplanten Großhotels bei der Astbergbahn in Going.

„Der Knackpunkt ist, dass diese Wiese als landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen ist.“

Markus Sint  
(Liste Fritz-Klubobmann)

„Es geht uns um Aufklärung und darum, dass die Bergbahnen Ellmau-Going als Projektbetreiber des Großhotels sowie die betroffene Standortgemeinde Going frühzeitig und rechtzeitig erklärt bekommen, dass dieses Großhotel auf einer geschützten landwirtschaftlichen Vorsorgefläche nicht umsetzbar ist“, sagt Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint.

Laut ihm planen die Bergbahnen Ellmau-Going auf einer rund 22.000 m<sup>2</sup> großen grünen Wiese ein Großhotel mit 288 Betten, 275 Autoabstellflächen, Swimmingpool und Restaurant. „Der Knackpunkt ist, dass diese Wiese als hochwertige landwirtschaftliche Vorsorgefläche ausgewiesen und unter Schutz gestellt ist“, warnen Sint und Bezirkssprecher Sipp Niedermoser.



Die Bergbahnen Ellmau-Going wollen bei der Astbergbahn auf der riesigen Wiese im Hintergrund ein Großhotel errichten.

Foto: Michael Mader

„Ein bergbahneigenes Hotel an der Talstation kann dafür eine geeignete Maßnahme sein.“

Johann Adelsberger  
(TVB-Obmann)

den Bedarf für diese Bettenburgen in Zweifel. Er befürchtet massive Nachteile für die bestehenden Tourismusbetriebe sowie eine zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung für die Anrainer.

Der Tourismusverband Wilder Kaiser befürwortet eine Absicherung des Liftbetriebs am Astberg als Freizeitinfrastruktur für Gäste

und Einheimische. „Ein bergbahneigenes Hotel an der Talstation, das in der Umsetzung Rücksicht auf ökologische und soziale Bedürfnisse des Ortes nimmt, kann dafür eine geeignete Maßnahme sein“, sagt TVB-Obmann Johannes Adelsberger.

Allerdings haben die Touristiker ein paar Wünsche: So sollte das Hotelrestaurant zur Absicherung bzw. Ausweitung des gastronomischen Angebots in Going auch für Nicht-Hausgäste zugänglich sein und für Saisonmitarbeitende müsste ausreichend Wohnraum geschaffen werden, um keinen zusätzlichen Druck auf den regionalen

Wohnungsmarkt auszuüben. Außerdem sollte die Tiefgarage groß genug sein, um die Fahrzeuge der Gäste und der Mitarbeitenden aufzunehmen, und das Hotel sollte der Angebotsgruppe des Tourismusverbands „Grüne Anreise“ beitragen.

Seitens der Bergbahnen will man sich nicht zum Großhotel „Tirol Lodge Going“ äußern. „Wir warten zuerst die Entscheidung der Gemeinderatssitzung ab“, sagt Geschäftsführer Johannes Winkler. Dabei werden die Gemeinderäte auch darüber beraten, ob eine Volksbefragung zum Bergbahnen-Hotel eingeleitet werden soll.

# „Schwarzbau bleibt Schwarzbau“

Natterer Camping ruft nach Teilverbot für Lodges Höchstgericht an. Für Liste Fritz bleiben es Schwarzbauten.

Von Max Strozzi

**Natters** – Die Causa Natterer See-Camping beschäftigt nun das Höchstgericht. Wie der Verwaltungsgerichtshof bestätigt, hat die Camping-Betreiberfirma von Wirtschaftskammer-Spitzenfunktionär Georg Giner eine außerordentliche Revision gegen das Urteil des Landesverwaltungsgerichts eingebracht. Das Gericht hatte Mitte Februar ein Betriebsverbot für mehr als 20 Lodges durch die BH bestätigt.

Die Lodges wurden 2016 auf Freiland errichtet und seither auch betrieben, ohne dass dies je angezeigt wurde. Auch die Widmung auf dem Areal passt nicht – die Unterkünfte stehen auf Freiland. Unlängst waren die Lodges auf der Homepage zum Buchen angeboten – nach einer *TT*-An-

frage dazu nicht mehr. Ebenfalls beanstandete „Floating Homes“ wurden gestern aber noch angeboten.

## Camping-Betreiber wehrt sich

In dieser Causa spielt auch die Gemeinde Natters eine wesentliche Rolle. Ende Jänner 2025, drei Monate nach dem Betriebsverbot durch die BH, hat die Gemeinde nämlich eine Ausnahmeverordnung verabschiedet, um den Weiterbetrieb auf dem Areal trotz Benützungsverbots zu ermöglichen. So wurde für die betroffene Fläche ein Campieren außerhalb von Campingplätzen in mobilen Unterkünften erlaubt. Das Gericht befand aber, dass die Verordnung nicht greife, weil das Areal nicht außerhalb des Campingplatzes liegt, sondern seit Jahren als Teil des Campingplatzes ge-

nutzt wird und an dessen Infrastruktur – Strom Wasser, Gas – angebunden ist.

Das See-Camping dagegen beharrt auf der Gemeinde-Verordnung. Der Betrieb der Lodges sei „auf Grundlage der ordnungsgemäß kundgemachten und rechtsgültigen Verordnung des Gemeinderates zulässig“, teilt der Anwalt des Campingplatzes mit. Das Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts betreffe das Betriebsverbot durch die BH, nicht aber die Gemeinde-Verordnung. Vielmehr wäre das LVwG „an die Verordnung des Gemeinderates [...] gebunden und zu deren Anwendung verpflichtet gewesen“. Diesen Aspekt soll nun das Höchstgericht klären.

Für Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint ist der Kernpunkt ohnehin ein ganz anderer:



Die Causa Natterer See-Camping liegt nun beim Verwaltungsgerichtshof in Wien.

Foto: TT/Rita Falk

„Die beanstandeten Lodges sind Bauwerke im Freiland. Sie sind und bleiben damit Schwarzbauten – Gemeinde-Verordnung hin oder her.“

## Fix im Boden verankert

Auch das Gericht habe schließlich festgestellt, dass

die Unterbauten der Lodges fix im Boden verankert sind. Zudem beziehe sich die Gemeinde-Verordnung auf mobile Unterkünfte und nicht auf Fixbauten, wie sie hier stünden. „Die Verordnung wurde nur verwendet, um das Benützungsverbot

zu umgehen“, so Sint. Das Benützungsverbot der BH müsse über der Verordnung stehen.

Wie das Land mitteilt, hat das See-Camping kürzlich eine Anzeige zum Betrieb des betroffenen Areals als Campingplatz eingebracht.

# „Seilbahn-Deal offenlegen“

Liste Fritz fordert, die Abschlagszahlung für die Kaiser Lifte öffentlich zu machen.

**Kals** – Der Geheim-Deal rund um die Bergbahnen Kals in Osttirol sorgt für Aufregung. Wie berichtet, wurde der gerichtliche Streit um die Abtretung von Bergbahn-Anteilen an die Schultz-Gruppe laut *TT*-Informationen nun offenbar außergerichtlich erledigt. Es ging um die Beteiligung in Höhe von rund sechs Millionen Euro der Osttirol Invest (OIG – gehört der Felbertauernstraße-AG und dem Land Tirol) an den Kaiser Bergbahnen. Vor sieben Jahren wurde der Anteil von 25 Prozent an Schultz abgetreten, ohne dass im Gegenzug Geld floss. Nach öffentlichem Druck klagte die

OIG die Schultz-Gruppe auf 5,7 Mio. Euro. Nun einigte man sich, dass Schultz einen Millionenbetrag zurückzahlt. Über die Höhe herrscht jedoch Stillschweigen.

Die Liste Fritz will sich mit dem Geheim-Deal nicht abfinden. „Wenn die schwarzrote Landesregierung, die Osttiroler Investment Gesellschaft und der Schultz-Konzern

meinen, dass sie sich die Abschlagszahlung ausschnapsen und geheim halten können, dann haben sie sich geschnitten“, so Klubchef Markus Sint. Seit Jahren habe sich die Liste Fritz mit neun Landtagsanfragen um Aufklärung und Rückzahlung der gewährten Steuergeld-Millionen bemüht. „Es geht um 5,7 Millionen Euro. Die an den Tag gelegte Geheimhaltung legt nahe, dass sich Schultz gegenüber der OIG und der Landesregierung durchgesetzt hat“, so Sint. Der Seilbahn-Deal mit der ausgehandelten Abschlagszahlung sei „selbstverständlich öffentlich bekannt zu geben“. (*TT*)



Wie viel Schultz der OIG für die Kaiser Lifte zahlt, bleibt unklar.

Foto: Oblasser